Seniorenkurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
21. Jahrgang | Nr. 4 / 2016

Erstmals in Deutschland

Internationaler Tag der älteren Menschen in Magdeburg
Teilnehmer auch aus MV

Fünf Vorstandsmitglieder des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V. und zwei des Kreisseniorenbeirats Vorpommern-Greifswald nahmen an der bundesweiten Konferenz zum „Internationalen Tag der älteren Menschen“ teil. Es gibt ihn seit 1990. In Deutschland fand dazu erstmals eine bundesweite Konferenz am 30. September und 1. Oktober in Magdeburg unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit dem Land Sachsen-Anhalt und der Landeshauptstadt Magdeburg statt. Uns erwartete in der Kulturstiftung „Festung Mark“ Magdeburg ein umfangreiches, interessantes Programm. Themen der zweitägigen Konferenz waren:

- Die Lage älterer Menschen in Deutschland – Entwicklungstendenzen und Empfehlungen
- Wirtschaftliche Potentiale der Älteren als Chance im Prozess des demografischen Wandels
- Stärkung ländlicher Regionen im demografischen Wandel
- Aspekte der Seniorenpolitik der EU
- Neue Herausforderungen der Seniorenpolitik als Chance für die Gesellschaft
- Chancen und Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit mit und für ältere Menschen

Am ersten Abend wurden wir vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Dr. Lutz Trümper, begrüßt. Im Anschluss hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretung e.V. zu einem Empfang geladen, auf dem viele anregende Gespräche mit Senioren aus anderen Bundesländern geführt wurden.

Internationaler Tag der älteren Menschen

Angelika Zander, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt, verlas den Magdeburger Aufruf zum Tag der älteren Menschen 2016, der von den Teilnehmern verabschiedet wurde.

Aufgerufen wurden der Bund, die Länder und Kommunen sowie alle Generationen, sich gemeinsam mit den Senioren für die Erfüllung folgender Ziele zu engagieren:

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

auf Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV e. V.) fand erstmalig in Deutschland zum „Internationalen Tag der älteren Menschen“ eine bundesweite Konferenz am 30. September und 1. Oktober 2016 in Magdeburg unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit dem Land Sachsen-Anhalt, der Landeshauptstadt Magdeburg und der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt statt. Die Landesseniorenvertretung Niedersachsen wird 2018 den nächsten bundesweiten Weltseniorentag ausrichten.

In unserem Land haben kommunale Beiräte und Organisationen bisher eigene Veranstaltungen dazu durchgeführt. Im nächsten Jahr, so hat sich der Vorstand verständigt, beabsichtigt der Landesseniorenbeirat, erstmalig eine zentrale Veranstaltung auch in Mecklenburg-Vorpommern zu organisieren. Gespräche mit eventuellen Partnern laufen noch.

Zwischenzeitlich haben die Koalitionspartner in der Landesregierung ihre Koalitionsvereinbarung veröffentlicht. Ich kann nur empfehlen, diese sehr genau zu studieren und festzustellen, ob unsere eigenen Themen ausreichend berücksichtigt wurden. Obwohl Mecklenburg-Vorpommern nach Bremen und Berlin mit 21,7 Prozent die dritthöchste Armutsgefährdungsquote in Deutschland hat, finden Kinder- und Altersarmut in der Vereinbarung nicht statt. Wir erinnern deshalb nochmals an die Resolution des 9. Altenparlaments „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest und dem Jahresende wünsche ich Ihnen ein paar geruhsame und besinnliche Tage, Gesundheit und alles Gute für das Jahr 2017.

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	4	**Magdeburger Erklärung im Wortlaut**
Seite	24	**Aus Landkreisen und Städten**
Seite	35	**„Zwangsverrentung“ wird abgeschafft**

TRADITIONELLER WEIHNACHTSMARKT

Sonntag, 4. Dezember 2016, 14 – 18 Uhr

Wir erwarten Sie zu unserem traditionallen Weihnachtsmarkt mit bunten Weihnachtsständen, stimmungsvoller Musik und leckerem Kuchen.

WIR FREUEN UNS AUF SIE!

Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin
☎ (0385) 575 66 - 0 | www.vitanas.de

Fortsetzung von Seite 1

- Einhaltung und Sicherung der Menschenrechte und Antidiskriminierung
- Bekämpfung der Armut
- Sicherung eines selbstbestimmten Lebens für alle Menschen
- Sicherung einer hohen Mobilität und Barrierefreiheit
- Regelmäßige Durchführung einer bundesweiten Konferenz zum „Internationalen Tag der älteren Menschen"

Zum Abschluss der Konferenz kamen wir in den Genuss eines Festkonzertes des Rossini-Quartetts Magdeburg. Gern nahmen wir das Angebot zu einer Stadtrundfahrt durch die Landeshauptstadt Magdeburg an. Einen Wermutstropfen hatte jedoch diese sehr gut organisierte Veranstaltung: Aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend war kein Vertreter anwesend.
In zwei Jahren wird Niedersachsen eine Konferenz zu diesem Internationalen Tag der älteren Menschen organisieren. Wir werden wieder dabei sein.

Brigitte Seifert
Stellv. Vorsitzende des Landesseniorenbeirats

Altersdiskriminierung verletzt Menschenrechte

Erklärung des UN-Generalsekretärs Ban-Ki-Moon

Der Internationale Tag der älteren Menschen ist unsere Chance, ein Zeichen gegen das destruktive Problem der Altersdiskriminierung zu setzen.
Während über ältere Personen oft gesagt wird, dass sie besonderen Respekt genießen, ist es Realität, dass zu viele Gesellschaften sie einschränken und ihnen den Zugang zu Arbeitsplätzen, Darlehen und Basisdienstleistungen verweigern. Die Ausgrenzung und Abwertung älterer Menschen fordert einen hohen Tribut. Sie untergräbt ihre Produktivität und Erfahrung in der Arbeitswelt, bei der Freiwilligenarbeit und im bürgerlichen Engagement, während ihre Fähigkeiten eingeschränkt werden, Familien und Gemeinden weiter zu unterstützen. Altersdiskriminierung überschneidet sich häufig mit anderen Formen der Diskriminierung, die aufgrund von Geschlecht, Rasse, Beeinträchtigungen und anderen Gründen entstehen und die Auswirkungen zusätzlich verschärfen.
Altersdiskriminierung zu beenden und die Menschenrechte älterer Personen zu schützen, ist eine ethische und praktische Notwendigkeit. Die globale Zahl älterer Menschen wird allen Berechnungen nach von knapp über 900 Millionen 2015 auf 1,4 Milliarden bis zum Jahr 2030 und 2,1 Milliarden im Jahr 2050 wachsen. Dann gibt es genauso viele ältere Menschen wie Kinder unter 15 Jahren.
Ich verurteile Altersdiskriminierung in all ihren Formen und fordere Maßnahmen, um diese Verletzung der Menschenrechte zu verhindern. Gleichzeitig müssen wir danach streben, die Gesellschaft für Menschen aller Altersgruppen zu verbessern. Dies erfordert eine andere Art und Weise, wie ältere Menschen dargestellt und wahrgenommen werden. Sie sollten nicht als Belastung gesehen werden, sondern wegen ihrer positiven Beiträge für unsere menschliche Gemeinschaft geschätzt werden.
Ferner fordere ich größere rechtliche Garantien bei der Gleichstellung von älteren Menschen, um Altersdiskriminierung in Form von diskriminierender Politik, Gesetzen und Behandlung entgegenzuwirken. Ich fordere die politischen Entscheidungsträger auf, bessere Daten und Statistiken über die Gesundheit älterer Menschen, ihren wirtschaftlichen Status und das allgemeine Wohlbefinden zu sammeln, um ihre Bedenken einfacher beseitigen zu können. Und ich hoffe, dass wir alle über unsere Voreingenommenheit nachdenken und überlegen, wie wir als Individuen Altersdiskriminierung begegnen können.
Wir haben einen klaren Fahrplan für den Wandel: die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Dieser visionäre Plan und seine nachhaltigen Entwicklungsziele betonen Zusammenhalt und Gleichheit und versprechen, niemanden hinter sich zu lassen. Ältere Menschen sind sowohl Akteure als auch Begünstigte des Wandels.
Lassen Sie uns am Internationalen Tag der älteren Menschen mit Nachdruck alle Formen der Altersdiskriminierung ablehnen. Wir müssen es älteren Menschen ermöglichen, ihr Potenzial zu realisieren, während wir unserem Versprechen nachkommen, für alle Menschen ein Leben in Würde und Menschlichkeit zu sichern. ■

Im Namen der Toleranz sollten wir das Recht beanspruchen, die Intoleranz nicht zu tolerieren.

Karl Raimund Popper (1902-1994), britischer Philosoph und Wissenschaftslogiker

Anregung zum Nachdenken

Grußwort der Bundesministerin zum Internationalen Tag der älteren Menschen in Magdeburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir alle haben Bilder vom Alter und vom Älterwerden im Kopf. Diese Bilder begleiten uns von frühester Jugend über den gesamten Lebensverlauf. Geprägt werden sie von den Menschen, die uns im Leben begleiten, aber auch von der Gesellschaft und von den Medien. Altersbilder beeinflussen unsere Haltung gegenüber älteren Menschen und bestimmen, was wir ihnen zutrauen. Das Programm „Altersbilder" regt deshalb zum Nachdenken an: Welche Bilder haben Sie im Kopf, wenn es um Alter und Älterwerden geht?

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts hat sich die durchschnittliche Lebenszeit in Deutschland um rund 15 Jahre verlängert. Viele der heute 50-Jährigen haben ihr halbes Leben noch vor sich. Und dies bei hoffentlich lang anhaltender und guter Gesundheit. Ältere Menschen wollen Verantwortung übernehmen für die Gesellschaft, sie aktiv gestalten und dabei auch ihre individuelle Lebensqualität erhöhen: Denn wer mitmacht und gebraucht wird, lebt zufriedener und auch länger. Die Beiträge auf der Webseite zeigen eine Fülle von Chancen, aber auch Herausforderungen, die das Älterwerden heute mit sich bringt.
Realistische und differenzierte Bilder vom Alter(n) sind Voraussetzung für das gegenseitige Verständnis und damit für den Zusammenhalt der Generationen. Ich lade Alt und Jung, Sie alle, herzlich ein: Schauen Sie einfach näher hin auf der Webseite und auf Facebook oder Twitter – stellen Sie Ihre eigenen Vorstellungen auf den Prüfstand!

Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sicherung eines selbstbestimmten Lebens

Magdeburger Aufruf zum Internationalen Tag der älteren Menschen 2016

Zum Abschluss der bundesweiten Konferenz zum Internationalen Tag der älteren Menschen in Magdeburg verabschiedeten die Teilnehmer folgenden Aufruf:

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte bereits 1990 im Rahmen eines internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns die Regierungen weltweit aufgerufen, jährlich am 1. Oktober den „Internationalen Tag der älteren Menschen" zu begehen. Damit sollen die Älteren als wichtiger Teil unserer Gesellschaft mit ihren Leistungen für die Gesellschaft gewürdigt und ihre Rechte und Beiträge gefördert werden.
Auf Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V. und unter der Schirmherrin, der Bundesministerin Manuela Schwesig für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wird erstmalig in Deutschland dieser „Internationale Tag der älteren Menschen" am 1. Oktober 2016 in Magdeburg offiziell begangen. Dazu wurden ältere Menschen und ihre Seniorenvertretungen aus allen Bundesländern und aus dem Ausland eingeladen, um diesen Tag festlich zu begehen.
Heute sollen die Verdienste und Lebensleistungen gerade älterer Menschen gewürdigt werden, welche sie für die Gesellschaft und Familie erbracht haben. Nie zuvor waren ältere Menschen so aktiv. Das muss sich in Altersbildern in Medien und in der Gesellschaft widerspiegeln. Wir als Landesseniorenvertretungen der Länder setzen uns für eine neue Kultur des Alters ein. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung haben ältere Menschen immer mehr Zeit, sich innerhalb der Familie und der Gemeinschaft einzubringen. Ziel und Aufgabe einer altersgerechten und generationenübergreifenden Politik ist es, den Zusammenhalt in der Gesellschaft und zwischen den Generationen zu fördern. Zusammen mit den Landesregierungen wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Menschen dabei zu unterstützen, so lange wie möglich engagiert und selbstständig leben zu können.
Wir rufen deshalb den Bund, die Länder und Kommunen sowie alle Generationen auf, sich persönlich mit uns gemeinsam für die Erfüllung folgender Ziele aktiv zu engagieren:

- Einhaltung und Sicherung der Menschenrechte und Antidiskriminierung (insbesondere Ältere und Frauen) für alle Menschen entsprechend den dafür ratifizierten Konventionen, einschließlich der Flüchtlingskonvention
- Bekämpfung der Armut, die auch bei Älteren infolge fehlender Grundsicherung bei nicht ausreichender Altersversorgung immer größer wird
- Sicherung eines selbstbestimmten Lebens für alle Menschen in Wür-

de durch entsprechende Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen, z. B. betreutes generationsübergreifendes Wohnen statt Separierung in Pflegeheimen sowie die Sicherung einer hohen Mobilität und Barrierefreiheit durch verbesserte Verkehrskonzepte, bauliche und technische Maßnahmen sowie verbesserte verständliche Kommunikationsformen für alle Menschen mit besonderen Bedarfen und eingeschränkter Mobilität

- Regelmäßige Durchführung einer bundesweiten Konferenz zum „Internationalen Tag der älteren Menschen" abwechselnd in den Bundesländern.

Wir fordern die Politiker der Bundesregierung, der Länderregierungen und Kommunen auf, diese Ziele durch konkrete Maßnahmen schrittweise zielstrebig umzusetzen. Zugleich fordern wir Sie als gewählte Volksvertreter auf, uns über die von Ihnen eingeleiteten Maßnahmen und erreichten Ergebnisse bis zur nächsten bundesweiten Konferenz zum Internationalen Tag der älteren Menschen öffentlich zu berichten, was bisher erreicht wurde und was weiter unternommen werden soll.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e. V.

Behauptungen wider besseren Wissens

Volkssolidarität erhebt Einspruch: Vielmehr gebührt Dank an die Älteren

„Die älteren Menschen leisten einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag für das Zusammenleben der Generationen und für eine demokratische und soziale Gesellschaft." Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff, aus Anlass des internationalen Tages der älteren Generation am 1. Oktober. „An diesem Tag danken wir nicht nur vielen unserer 180.000 Mitgliedern, sondern allen älteren Menschen in unserem Land für das Geleistete."
Dieser Tag ehre diejenigen, die mit ihrer Lebensleistung Wichtiges für unsere Gesellschaft beigetragen haben. Sie seien mit ihren Erfahrungen und Fähigkeiten unverzichtbar. „Dieser Tag darf aber nicht über gravierende Probleme hinwegtäuschen", betonte der Präsident der Volkssolidarität. „Wer etwas für die Älteren tun will, muss sich mit dafür einsetzen, Altersarmut zu verhindern."
Friedersdorff wandte sich erneut gegen fortgesetzte Behauptungen, die Älteren würden auf Kosten der Jüngeren leben. „Wer so etwas wider besseren Wissens von sich gibt, zündelt gefährlich am sozialen Frieden in unserem Lande. Dieses Schüren eines Generationenkonflikts entspricht weder den Realitäten noch leistet es irgendeinen positiven Beitrag zur Zukunftsgestaltung in unserem Land."
Nach Ansicht des Verbandspräsidenten müssen die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft in kooperativer Weise gelöst werden. „Wir setzen auch in Zukunft auf die Solidarität aller Generationen."
Die Älteren leisteten auch nach dem Erwerbsleben einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft, so der Verbandspräsident. „Das geschieht zum Beispiel durch das ehrenamtliche Engagement in einem Verband wie unserem. Ohne dieses kann auch die Volkssolidarität nicht für Menschen aller Generationen da sein." Die Volkssolidarität setze sich weiterhin für ein Altersbild und ein Bild vom Altern ein, das die Potentiale dieses Lebensabschnitts in den Vordergrund stellt.
Friedersdorff warnte vor der zunehmenden Altersarmut in Folge der von der Politik in den letzten Jahren durchgeführten „Reformen", die für viele zu Einbußen bei den Alterseinkünften führten. „Dadurch verengen sich für ältere Menschen Möglichkeiten, sich für das Gemeinwohl einzubringen." ■

Ehrenamt hat einen hohen Stellenwert

3. Landes-Senioren-Tage MV im Landkreis Ludwigslust-Parchim fanden große Resonanz

Vom 12. bis 14. Oktober fanden innerhalb der 3. Landes-Senioren-Tage in vielen Städten und Gemeinden des Landkreises Ludwigslust-Parchim zahlreiche Veranstaltungen in unterschiedlichster Form statt. Die Vorbereitungen für dieses dreitägige Event begannen bereits Ende März / Anfang April. Organisation und Durchführung lagen speziell beim „Büro für Chancengleichheit" unter der Leitung von Heidrun Dräger. Die Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Kreisseniorenbeirats unterstützten vor Ort.
Noch bis Anfang Oktober wurde an vielen Details der Durchführung engagiert gearbeitet, um das Geplante in hoher Qualität anbieten zu können. Die Förderung erfolgte über das

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales.

Als besondere Ehrung empfanden die Seniorinnen und Senioren, dass Ministerin Birgit Hesse die 3. Landes-Senioren-Tage in der Stadthalle in Parchim eröffnete. Anwesend waren unter den vielen Gästen Vertreter aus der Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalpolitik sowie von Vereinen und Organisationen aus dem gesamten Bundesland. Dörthe Graner von NDR1 Radio MV moderierte. In seinem Grußwort ging der stellvertretende Landrat Wolfgang Schmülling mit vielen Beispielen, auch aus dem privaten Umfeld, auf den Wandel der „früher Geborenen" und deren Bedeutung für die Gesellschaft ein. Der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats, Bernd Rosenheinrich, sowie die Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats, Ilona Mundt-Schalk, begrüßten ebenfalls alle Anwesenden und wünschten gutes Gelingen für alle Veranstaltungen im Landkreis.

Alle Rednerinnen und Redner wiesen auf den Zusammenhang zwischen dem demografischen Wandel und den neuen Herausforderungen für die Gesellschaft hin. Weder Politik noch Wirtschaft können sich diesem Thema verschließen. Erste Ergebnisse sind schon sichtbar. Einen sehr hohen Stellenwert in der seniorenpolitischen und kulturellen Arbeit nimmt das Ehrenamt ein, das im wahrsten Sinne des Wortes oft unbezahlbar ist. Stellvertretend für alle ehrenamtlich Tätigen wurden vier Ehrenamts-Diplome durch die Ministerin persönlich vergeben, die Laudatio hielt der Bundestagsabgeordnete Frank Junge. Ausgezeichnet wurden Bernd Thieke aus Hagenow, Edeltraut Kinzel aus Techentin sowie Norbert Wiencke und Eckhard Beckmann aus Parchim. Die Zeit zwischen den Programmteilen nutzten viele Gäste für persönliche Gespräche, für Stippvisiten bei den Beratungs- und Informationsständen oder sie besuchten die Hobby-Theke im kleinen Saal. Für die musikalische Umrahmung sorgte das Landespolizeiorchester mit zwei Solisten.

Von links nach rechts: Eckhard Bergmann (Parchim), Bernd Thieke (Hagenow), Edeltraut Kinzel (Techentin), Norbert Wiencke (Parchim); Gratulanten: Ministerin Birgit Hesse, Karin Gruhlke (Netzwerk freiwilliges Engagement in MV) und Bundestagsabgeordneter Frank Junge *Foto: Fotoclub Neustadt-Glewe*

Einen ersten Eindruck über die Themenvielfalt an den folgenden beiden Tagen bekamen die Anwesenden durch verschiedene Vorträge. Großen Zuspruch fand eine Präsentation zum Thema Rentenanpassung Ost – West und den damit verbundenen Problemen heute und zukünftig. Ebenso generationsumfassend war das Referat „Dialog der Generationen" mit seinem breiten Interessenspektrum.

Am 13. und 14. Oktober waren die Organisatoren und Ausführenden in den Gemeinden und Städten, Vereinshäusern, Clubs und anderem Einrichtungen gefragt. Die Auswahl bestand zwischen aktiver Teilnahme an Stadtrundgängen, der Information zu wohn- und mobilitätsverbessernden Angeboten, Ausstellungen und Veranstaltungen in historischem Ambiente. Auch Zukunftsweisendes gab es zu erkunden. Sorgen und Nöte der Seniorinnen und Senioren im Alltag wurden natürlich nicht außer Acht gelassen.

In der Vielzahl persönlicher und medialer Reaktionen auf die Veranstaltungen kam zum Ausdruck, dass die 3. Landes-Senioren-Tage M-V" im Landkreis Ludwigslust-Parchim ein Gewinn für alle waren – und dies trotz besonderer logistischer Herausforderungen im zweitgrößten Landkreis der Bundesrepublik.

Haben wir Maßstäbe für die 4. Landes-Senioren-Tage gesetzt? Vielleicht. Wann und wo sie stattfinden, steht noch nicht fest – wir lassen uns gern überraschen.

Bernd Thieke / Anett Nuklies

Arbeitsschwerpunkte „festgezurrt“

LSB-Herbsttagung: „Die Jungen laufen schneller, doch die Älteren kennen die Abkürzung!“

Es ist nicht nur schlechthin so gemeint, dass die „Alten“ nicht mehr könnten – beileibe nicht:
Die Älteren haben einfach schon einen Vorsprung („sich erlaufen“) an Erfahrung, den sie gern mit jungen Leuten und allen, die guten Willens sind, kommunizieren wollen, um mitzuhelfen, dass das Seniorenmitwirkungsgesetz M-V mit Leben erfüllt und älter werden, möglichst gut gelingt und nicht im „Desaster“ von Altersarmut, mangelnder Teilhabe und Versorgung, partieller Diskriminierung und Fehlentwicklungen aufgehoben wird. Deshalb wurden mit der Herbsttagung in Banzkow die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte „festgezurrt“ und ein anspruchsvoller Arbeitsplan für 2017 einstimmig beschlossen. Zuvor nahmen die Delegierten an der Eröffnung der 3. Landesseniorentage in der Stadthalle in Parchim teil – Landesseniorentage mit anspruchsvollem Programm über drei Tage.
Die Grußworte der vormaligen Ministerin Birgit Hesse, des stellvertretenden Landrats Wolfgang Schmülling und des LSB-Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich widerspiegelten den Dank an alle aktiven Ehrenamtler/innen und wiesen auf künftige (auch nicht ganz neue) Schwerpunkte in den Arbeitsergebnissen der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ hin. Bernd Rosenheinrich forderte Politik und Regierung zum abgestimmten Handeln auf, sich im Interesse der Älteren und Jüngeren auf Landes- und Bundesebene mit konkreten und nachvollziehbaren Aktivitäten einzusetzen, um u. a. eine „ins Haus“ stehende Altersarmut zu vermeiden, die auch künftig den Jungen drohe. „Wir setzen dabei auch künftig auf den Generationendialog“, so der Vorsitzende.
An diesem Tag war wunderschönes Wetter, und so gelangten wir mit „erhelltem“ Gemüt an unseren Tagungsort in ein Tagungshotel, das sich zusehends ausstattungsmäßig, personell und professionell in Räumlichkeit und Küche positiv weiterentwickelt.
Unter diesen guten Bedingungen, super organisiert durch die Landesgeschäftsstelle, war ein sehr guter Verlauf der Herbsttagung vorprogrammiert.

Siegfried Schwinn (links) führte als Versammlungsleiter gemeinsam mit den Präsidiumsmitgliedern Michael Schmidt, Bernd Rosenheinrich, Herbert Kautz und Monika Schmidt (v. l. n. r.) durch die Mitgliederversammlung.

Am ersten Tag stand die Mitgliederversammlung mit Rechenschaftsbericht über das zurückliegende Jahr, der Bericht der Schatzmeisterin, der Kassenprüfer und die Entlastung des Vorstands im Mittelpunkt. Die Mitgliederversammlung wählte Brigitte Seifert zur stellvertretenden Vorsitzenden. Die Arbeitsschwerpunkte für 2017 wurden lebhaft diskutiert und mit Ergänzungen einstimmig beschlossen.
Am Abend konnten die Delegierten in lockerer Runde miteinander ins Gespräch kommen.
Der zweite Tag brachte Weiterbildung und Schulung, die von den Delegierten als wertvoll gesehen wurden, weil die Themen in unserer täglichen Arbeit der Seniorenbeiräte als praktikabel und unabweisbar sind.
Vorträge und Diskussionen gab es zur Hör- und Sehbehinderung durch die Leiterin des Kompetenzzentrums, Dana Pahl, zur Altersarmut in MV durch Dr. Wolfgang Weiß von der Uni Greifswald und am Nachmittag zu Untersuchungen des Dunkelfelds der Kriminalität in unserem Land durch den Dezernatsleiter im Landeskriminalamt, Ralf Montag, und Informationen zum 2. und 3. Pflegestärkungsgesetz durch Heike Schulz von der AOK Nordost.
Alles in allem: Wertvolle zwei Tage für die Arbeit des LSB und der Seniorenbeiräte in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam wieder eine „Abkürzung“ genommen haben.

Herbert Kautz
LSB-Vorstandsmitglied

Gedanken zu allen relevanten Themen

Regionalkonferenzen des LSB: In allen Workshops wurde konstruktiv gearbeitet

Die Teilnehmer der Regionalkonferenzen bringen ihre Ideen eifrig in den Workshops mit ein.

Die LSB-Regionalkonferenzen fanden im September in Güstrow in der Fachschule für Agrarwirtschaft und in Stralsund im Pflegehotel der Wohlfahrtseinrichtungen statt. Eingeladen hatte der Landesseniorenbeirat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales die Vertreter der Kreis- und kommunalen Seniorenbeiräte.

Das Hauptthema war die Erarbeitung von Schwerpunkten zu einem seniorenpolitischen Konzept des Landes. Dazu stellte der Vorsitzende des LSB, Bernd Rosenheinrich, einige seniorenpolitische Konzepte aus anderen Regionen vor und gab Tipps für die Arbeit in den Workshops. Anschließend wurden durch die Teilnehmer in jeder Regionalkonferenz aus den acht vorgeschlagenen Themenkomplexen (angelehnt an den Bericht der Enquete-Kommission „Älter werden in MV“) drei Themen für die Arbeit in den Workshops ausgewählt. Damit ging es in jeweils drei Gruppen an die Arbeit. Diese waren so gebildet worden, dass die Teilnehmer aus einer Region kamen und damit vergleichbare örtliche Voraussetzungen die Grundlage für die moderierten Diskussionen bildeten. Auf beiden Regionalkonferenzen wurden die Themen „Wohnen im Alter“ sowie „Mobilität im Alter“ debattiert. In Güstrow war das dritte Thema „Alter und Gesundheit/Pflege“ und in Stralsund „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“. Die Gruppen rotierten von Thema zu Thema, so dass jeder die Möglichkeit hatte, seine Gedanken zu allen drei Themen einzubringen. Die Moderatoren stellten dann zum Ende der jeweiligen Regionalkonferenz die Arbeitsergebnisse zusammengefasst allen Teilnehmern vor. In allen Workshops wurde sehr aktiv und konstruktiv gearbeitet, so dass am Ende des Tages viele Ideen und Anregungen für die Erarbeitung eines seniorenpolitischen Konzepts vorlagen.

Kirsten Kühn

Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

Die Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat eine neue Mitarbeiterin. Seit dem 1. September arbeitet Kirsten Kühn im Büro mit. Die Crivitzerin mit betriebswirtschaftlicher und technischer Ausbildung ist hier an zwei Tagen in der Woche tätig. Die zunehmende Berührung mit der Lebenswelt älterer Menschen, die sich aus dem privaten Umfeld ergab, weckte das Interesse, intensiver auf dem Gebiet der Seniorenproblematik tätig sein zu können. „Die Vielseitigkeit der Arbeit und die Möglichkeit, Erfahrungen einzubringen, reizt mich in meiner neuen Tätigkeit“, sagt Kirsten Kühn. ■

Arbeitsberatungen im ersten Quartal 2017:
3. Januar,
7. Februar,
7. März

Regionalkonferenzen:
15. März,
22. März

Kooperationstreffen:
6. März

Häusliche Pflege muss Vorrang haben

Landesseniorenbeirat arbeitet auch im Landespflegeausschuss mit

Über ihr Wirken als Vertreterin des Landesseniorenbeirats im Landespflegeausschuss berichtet LSB-Vorstandsmitglied Karin Lechner:

Gerade für uns als Ehrenamtliche ist es wichtig, hier die Sorgen und Veränderungen zu Gehör bringen zu können. Wie bekommen wir mehr Pflegekräfte in die Heime? Die Frage der vormaligen Ministerin Birgit Hesse habe ich so beantwortet: Die Dokumentation minimieren! Es wurden Pilotprojekte gestartet – zum Beispiel, in Wismar die schriftlichen Aufgaben um 25 Prozent zu verringern. Die Pflege spielt nicht nur in diesem Jahr eine wichtige Rolle. Gerade dieser Satz: „Häusliche Pflege vor der im Heim" wurde von der Politik unseres Landes durch das neue Pflegestärkungsgesetz in Angriff genommen. Jeder Mensch möchte doch so lange wie möglich in seinen eigenen vier Wänden alt werden. So ist es zu begrüßen, dass nun die ambulanten Pflegedienste stärker bedacht werden Im Januar dieses Jahres kam das Pflegestärkungsgesetz Nr. 1. Am 1. Januar 2017 treten zahlreiche Änderungen im Bereich der gesetzlichen Pflegeversicherung in Kraft. Durch das so genannte Pflegestärkungsgesetz 2 wird nicht nur der Pflegebegriff neu definiert, sondern auch die Frage neu beantwortet, wann und in welchem Umfang Pflegebedürftigkeit vorliege. Hier sind noch viele Fragen zu beantworten. Gemeinsam müssen wir es schaffen, das Betreuungsrecht zu verändern. Es kann nicht sein, dass ein Betreuer im Ehrenamt oder auch als beruflicher Betreuer 50 und mehr Menschen zu versorgen hat. Neben der pflegerischen Betreuung sind noch genug Aufgaben zu erfüllen

Unterschiedliche Aussagen gibt es auch zu Gerichtsurteilen. Es nicht mehr hinzunehmen, das so genannte Schongeld in einer Höhe von 2.600 Euro jahrelang in gleicher Höhe zu belassen.

Am 14. September wurde auf der Pflegeregionalkonferenz in Rostock der diesjährige Pflegepreis durch die Sozialministerin überreicht. Er ging an eine Wohlfahrtseinrichtung gGmbH in Stralsund, die sich in ihrem Projekt mit Sterbebegleitung und Sterbekultur befasst. ■

Frauenring: Altersarmut aufzeigen!

Darüber, wie der Deutsche Frauenring Forderungen zur Überarbeitung des Weltaltenplans und zur Rentengerechtigkeit in Deutschland erarbeitet, berichtet LSB-Ehrenmitglied Brigitte Paetow:

Die Überprüfung des so genannten UN-Weltaltenplans von Madrid (2002) steht bevor – 2017 auf europäischer und 2018 auf internationaler Ebene. Der Deutsche Frauenring e. V. (DFR) ergriff in mehreren Veranstaltungen die Chance, sich daran zu beteiligen. Beim ersten Fachgespräch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das der DFR gemeinsam mit Verbänden, Expertinnen und Experten sowie dem Bundesministerium durchführte, formulierten alle Teilnehmenden, dass sich mehr Menschen aller Altersgruppen, besonders Frauen aus der Zivilgesellschaft, daran beteiligen müssten. Das Bundesministerium, das das Fachgespräch förderte, stellte weitere Beteiligungsforen in Aussicht.

Der Bericht der Bundesregierung zum Weltaltenplan 2002 über die Umsetzung des Aktionsplans in Deutschland ist Ende des Jahres zu erwarten. Darin fließt ein, was die BAGSO an kritischen Anmerkungen gesammelt hat, so Dr. Heidrun Mollenkopf von der Bundesarbeitsgemeinschaft. Ziel des weltweiten Überprüfungsprozesses ist es, ein gutes selbstbestimmtes Leben im Alter, auf dem jeweiligen Niveau des Staates, durch konsequente Umsetzung der Menschenrechte und internationaler Standards für ältere Frauen und Männer zu erreichen. „Dafür bedarf es neben den freiwilligen Selbstverpflichtungen des ‚Weltaltenplans' eines neuen UN-Menschenrechtsabkommens zum Schutz der Rechte älterer Menschen", so Marion Böker (DFR-Präsidium). Mit dieser Forderung schließt sich der DFR den vorliegenden Empfehlungen der unabhängigen Expertin des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen sowie von HelpAge und BAGSO an.

Die Bundesregierung, so Barbara Wurster, Referatsleiterin Internationale Altenpolitik im Bundesministerium, stünde einer Diskussion über ein geeignetes Instrument zum Schutz der Menschenrechte älterer Menschen offen gegenüber. Dies wurde von allen Seiten begrüßt.

Die Rechte von immer mehr Frauen mit Renten unter der Armutsgrenze oder der Grundsicherung im Alter sowie ihre soziale, wirtschaftliche und kulturelle Partizipation sind gefährdet. Auf die besonders hohen Diskriminierungserfahrungen älterer Frauen verwies Rainer Stocker von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes anhand der wissenschaftlichen Befragungsergebnisse der

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

ADS von 2015. Michael Bünte (HelpAge) und Prof. Felizitas Sagebiel (Bergische Universität Wuppertal) untermauerten, dass Handlungsbedarf bestehe. Michael Bünte forderte den weltweiten Schutz vor Gewalt gegen Frauen sowie bei den reproduktiven Rechten älterer Frauen und Frauen mit Behinderungen. Stereotype Rollenbilder verknüpfen sich mit stereotypen Altersbildern. Dem müsse entgegengearbeitet werden. Gemäß den Rollenstereotypen werden Frauen für häusliche Pflege und Kinderbetreuung in Anspruch genommen – dies finde aber wenig rentenrechtliche Anerkennung. Und nähmen sie das SeniorInnenstudium in Anspruch, so Dr. Sagebiehl, müssten sie sich häufig rechtfertigen. Dabei wirke sich Beteiligung und Bildung gesundheitsfördernd aus.

Elke Schilling (SeniorInnenvertretung Berlin-Mitte) stellte fest, dass in den Kommunen jegliche Informationen über den „Weltaltenplan" und seine Überprüfung fehlten. Ihrer Wahrnehmung nach würden Menschen zwischen 80 und 100 Jahren (davon 60 Prozent Frauen) nicht in Statistiken oder Beteiligungsprozessen erfasst. Die Beteiligung älterer Menschen sei noch keine Pflichtaufgabe in den Kommunen, daher sei eine „altersfreundliche Stadt" noch nicht in Sicht.

Anschließend fand im Bildungszentrum in Erkner eine Fachtagung unter dem Thema „Altersarmut heute – wie verhindern wir sie morgen?" statt. Dazu gab es sehr informative Vorträge, die durch Workshops und eine Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten ergänzt wurden. Ich leitete einen Workshop zum Thema „Teilhabe auch im Alter" und konnte in diesem von unseren in Mecklenburg-Vorpommern schon erreichten Formen der Mitwirkung der älteren Generation „Seniorenmitwirkungsgesetz" und „Altenparlament" berichten. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass die Forderung der BAGSO, „Autonomie, Partizipation und Empowerment der älteren Ge-

In einem Workshop kann es auch einmal lustig werden: Brigitte Paetow und Roswitha Kneip, Präsidiumsmitglied des DFR

Podiumsteilnehmerinnen (v. l. n. r.): Prof. Dr. Camille Logeay (HTW Berlin), Ulle Schauws (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Brigitte Paetow (Landesseniorenbeirat M-V), Marion Böker (DFR), Petra Crone (MdB, SPD), Cornelia Möhring (MdB, DIE LINKE)

neration sollte in einem spezifischen Menschenrechtsdokument ein großes Gewicht zukommen", berechtigt ist und unterstützt wird.

Zusammengefasst wurden folgende Forderungen an die politischen Entscheidungsträger erarbeitet:

- Existenzsichernde Renten durch Aufwertung der Sorgearbeit und gleichwertige Erwerbs- und Karrierechancen für Frauen. Die Politik solle im Rahmen der Daseinsvorsorge für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Viele suchten im Alter vergeblich kleinere, bezahlbare Wohnungen.
- Im Überprüfungsprozess zum Weltaltenplan müssen die Auswirkungen technischer Entwicklung der Arbeit und Produktion geprüft werden. Die neuen digitalen Produkte und Arbeitsmodelle können Erleichterung, aber auch neue Ungleichheit verursachen. Vor allem die Mängel und der Umbau des Rentensystems müssen thematisiert werden.
- Gegen die Absenkung des Rentenniveaus bei bestehendem Pay Gap und daraus folgendem Renten Gap für Frauen muss dringend die Aufwertung und Anrechnung der Sorgearbeit erfolgen. Eine Rentenversicherung für alle nach dem österreichischen Modell kann angestrebt werden.
- Die Dämpfungs- und Kürzungsfaktoren in der Rentenformel sind abzuschaffen. Der Gesetzgeber muss den Ablauf der Niveausicherungsklausel im Jahr 2030 schon jetzt verhindern, anderenfalls sieht der DFR das Rentenniveau im freien Fall.
- Neben der Akkreditierung von Verbänden beim Überprüfungsgremium der Vereinten Nationen muss auch eine größere Partizipation auf kommunaler und Länderebene ermöglicht werden. Dabei öffnet ein barrierefreier Zugang durch den Einsatz sozialer Medien die Dialogbeteiligung.
- Die Überprüfungsprozesse 2017 und 2018 können eine Chance eröffnen, dass ein transparenter Dialog mit Menschen jeden Alters zu konstruktiven Lösungen und damit zu einer Stärkung der Demokratie beitragen kann.

Fazit:

- Mehr Beteiligung bei der Überprüfung des UN-Weltaktionsplans über das Altern ist nötig!
- Altersarmut, Diskriminierungen im Alter und Renten Gap von Frauen müssen aufgezeigt werden
- Menschenrechte älterer Menschen sollen geschützt und einklagbar werden.

Gender Pay Gap (kurz GPG, auch Gender Wage Gap, deutsch etwa: Geschlechter-Einkommenslücke, geschlechtsspezifischer Lohnunterschied, Geschlechtsspezifisches Lohn-gefälle) ist ein Begriff der Soziologie und Sozialökonomie. Er beschreibt die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern und wird als prozentualer Anteil des durchschnittlichen Brutto-Stundenlohns der Männer angegeben. *Aus: Wikipedia*

Wortmeldung:

Barrieren in Arztpraxen beseitigen!

Der Gang zum Arzt endet für viele Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuß oder mit dem Rollator oder Rollstuhl unterwegs sind, oftmals in Schwerin vor einer Treppe. Lediglich jede fünfte Praxis eines Hausarztes ist ebenerdig zugänglich. Bei den Zahnärzten ist es etwa jede siebente Praxis. Noch ist Barrierefreiheit in Arztpraxen nicht die Regel, obwohl es die UN-Behindertenrechtskonvention vorschreibt. Laut nationalem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention sollen Arztpraxen zunehmend barrierefrei zugänglich werden. Bei Neubauten von Praxen ist das auch machbar, weil die Zulassung durch die kassenärztlichen Vereinigungen eine wichtige Komponente ist. Viel schwieriger stellt sich die Lage bei den älteren Bestandspraxen dar.

Der Sozialverband VdK fordert, für den barrierefreien Umbau 80 Millionen Euro im Jahr bereitzustellen. Das sieht die kassenärztliche Bundesvereinigung genauso, hält diese Investitionen ohne ein Förderprogramm jedoch nicht für machbar.

Kein Arzt kommt heute und auch in Zukunft an den Bedürfnissen mobilitätseigeschränkter und älterer Patienten mehr vorbei. Dafür sorgt schon der demografische Wandel in Deutschland. Es gibt also nicht nur in Arztpraxen, sondern auch bei anderen medizinischen Dienstleistern in Sachen Barrierefreiheit noch jede Menge nachzuholen. Es gibt eine Apotheke in Schwerin mit Rampe. Nur ist die Rampe so steil, dass sie ohne fremde Hilfe nicht benutzt werden kann.

Defekte Aufzüge, Treppen und fehlende Orientierungshilfen in Bürgerämtern, Banken oder Supermärkten, eingeschränkte Servicezeiten am Bahnhof, aber auch nicht barrierefreie Onlineportale, nicht vorhandene Behindertenparkplätze – wenn Ihnen täglich Hindernisse im Weg stehen, melden Sie diese auf der Internetseite www.weg-mit-den-barrieren.de

Siegfried Schwinn
Stellv. Vorsitzender des Landesseniorenbeirats

INFORMATIONEN DER BAGSO:

BAGSO-Stellungnahme zur UN-Altenrechtskonvention

In ihrer Stellungnahme zum Abschlussbericht der von den Vereinten Nationen eingesetzten Unabhängigen Expertin, der Chilenin Rosa Kornfeld Matte, schließt sich die BAGSO der zentralen Forderung an, Vorschläge zur Ausarbeitung einer Konvention zum Schutz der Rechte älterer Menschen zu prüfen.

Rosa Kornfeld Matte appelliert an die Staaten, „ihre Bemühungen zur Bestimmung des besten Weges zur Stärkung des Schutzes der Menschenrechte älterer Menschen zu intensivieren und die zahlreichen unterbreiteten Vorschläge zu prüfen“. Der Wortlaut der Stellungnahme ist auf der Homepage der BAGSO www.bagso.de nachzulesen.

Pflegestärkungsgesetz III wird begrüßt

Die BAGSO begrüßt grundsätzlich die mit dem Entwurf eines dritten Gesetzes zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften verfolgten Ziele. Sie ist aber der Meinung, dass es mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht hinreichend gelingen wird, die angestrebten Ziele zu erreichen.

Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey

In Berlin fand die Veranstaltung „Vielfalt und Wandel des Alters – Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey“ statt, die gemeinsam vom Deutschen Zentrum für Altersfragen und der BAGSO organisiert wurde. Über 220 Teilnehmende aus Politik, Praxis, Wissenschaft und Medien diskutierten zentrale Ergebnisse zu den Themen Wohnen, Erwerbsarbeit/Übergang in den Ruhestand, Gesundheit, Sorgetätigkeiten/ehrenamtliches Engagement und die Bedeutung sozialer Beziehungen.

INFORMATIONEN DER BAGSO:

Goldener Internetpreis 2016 – Digitaler Fortschritt

Die Preisträger des Goldenen Internetpreises 2016 stehen fest. Alle ausgezeichneten Senioren-Initiativen und Privatpersonen setzen neue Medien wegweisend ein – zum Teil bis ins hohe Alter. Sie nutzen versiert die gesamte Bandbreite der digitalen Welt: für mehr Selbstständigkeit, zur Information, für erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit, zum Austausch bei großen Herausforderungen und zur Kommunikation. Die prämierten Projekte zeigen, wie der Umgang mit neuen Medien zur gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen beiträgt. Die Preisträger zwischen 20 und 85 Jahren kommen aus Berlin, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Sonderpreis „Jung und Alt – gemeinsam online" für generationsübergreifendes Engagement mit Hilfe neuer Medien wurde drei Mal vergeben.

„Seniorinnen und Senioren sollen am digitalen Fortschritt voll teilhaben können", hält Gerd Billen fest, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und Schirmherr des Goldenen Internetpreises. „Die Preisträger des Goldenen Internetpreises erfüllen eine wichtige Vorbildfunktion. Ich wünsche ihnen möglichst viele Nachahmer."

Vorsorgebetrag für die eigene Bestattung

Gelder, die im Rahmen eines Bestattungsvertrags für eine Bestattung hinterlegt werden, sind geschützt; sie zählen zum so genannten Schonvermögen. Der hinterlegte Betrag darf ausschließlich für den Zweck der Bestattung verwendet werden. Zudem muss die Höhe der Einlage für die Beerdigung angemessen sein. Eine Bestattungskostenvorsorge darf nicht kurz vor Bedürftigkeit abgeschlossen werden, damit nicht der Eindruck entsteht, dass durch diese Versicherung die Bedürftigkeit mutwillig herbeigeführt wird. Die BIVA – als Mitglied der BAGSO – rät daher, schon weit vor dem ersten Bezug von Pflegeleistungen eine solche Vorsorge abzuschließen. Die Beratung bei der BIVA ist kostenlos.

BIVA fordert Transparenz in der Personalausstattung von Pflegeeinrichtungen

Einrichtungsbetreiber sollten verpflichtet werden, ihre tatsächliche Personalausstattung im Verhältnis zu den vorgegebenen Richtwerten zu veröffentlichen. Dies forderte Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender der Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.V., auf einer Fachtagung des „Bündnisses für gute Pflege". Die Personalausstattung ist einer der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die Pflegequalität in stationären Einrichtungen. Sie wird bislang zwar von den Prüfbehörden für jedes Heim erfasst, aber nicht systematisch veröffentlicht.

Für jedes Bundesland gibt es zwischen Kassen und Heimträgern vereinbarte Personalrichtwerte je nach Pflegestufe. Diese sind in den Ländern sehr unterschiedlich, wurden zum Großteil seit über zehn Jahren nicht verändert und werden allgemein als zu niedrig empfunden. Dennoch bilden sie einen Maßstab, an dem sich die hauptsächlich von den Bewohnern zu tragenden Pflegesätze orientieren. Im neuen Pflegestärkungsgesetz ist vorgesehen, bis spätestens 2020 die Personalbemessung an wissenschaftlich erarbeitete Kriterien zu knüpfen.

„Heimbetreiber, die gegenwärtig die Personalrichtwerte des jeweiligen Bundeslandes nicht erfüllen, können so ihre Gewinne auf Kosten der Pflegebedürftigen erhöhen. Diese müssen dann mit weniger Personal vorliebnehmen", kritisierte Stegger. „Das müssen die Betroffenen unbedingt vorher wissen, wenn sie sich für oder gegen ein Heim entscheiden."

Besser auf neuen Wegen etwas stolpern als in alten Pfaden auf der Stelle treten.

Chinesisches Sprichwort

Neu im Kabinett: Ministerin Stefanie Drese

Von Beruf selbstständige Rechtsanwältin in Bad Doberan mit Schwerpunkt Strafrecht

Seit Beginn der neuen, der siebten Wahlperiode des Landtags Mecklenburg-Vorpommern ist Stefanie Drese Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Dem Landtag gehört sie seit dem 4. Oktober 2011 an, ihr Direktmandat 2016 holte sie im Wahlkreis 11 im Landkreis Rostock. Ins Kabinett tritt sie neu ein.

Stefanie Drese (SPD) wurde am 9. Dezember 1976 in Rostock geboren. Nach dem Abitur in ihrer Heimatstadt studierte sie von 1995 bis 2000 Rechtswissenschaften an der Universität Rostock. Nach dem ersten Staatsexamen im Jahr 2000 absolvierte Drese bis 2002 ihr Rechtsreferendariat am Landgericht Mühlhausen in Thüringen. Nach dem zweiten Staatsexamen war sie ab 2003 als selbstständige Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Strafrecht in Bad Doberan tätig. Im selben Jahr trat sie in die SPD ein. Heute ist sie Kreisvorsitzende ihrer Partei im Landkreis Rostock.

Stefanie Drese
Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung
Foto © Susie Knoll / SPD MV

2011 wurde sie Mitglied des Kreistags im Landkreis Rostock sowie des Landtags Mecklenburg-Vorpommern. Von 2011 bis 2016 war sie Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Außerdem ist sie Vorstandsmitglied und Schatzmeisterin im Strafverteidigerverein Mecklenburg-Vorpommern, Kreisverbandsvorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. und Mitglied des Reservistenverbands. Nach Angaben des Landtag-Handbuchs 2015 war sie seit Oktober 2011 ferner stellvertretende Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses sowie Sprecherin der SPD-Fraktion für Kleingarten- und Justizpolitik.

Der Landesseniorenbeirat MV begrüßt Stefanie Drese in ihrer neuen Funktion, wünscht ihr viel Schaffenskraft und hofft auf eine vertrauensvolle, gedeihliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen. ■

Anerkennung und eine kleine Belohnung

Ministerin Birgit Hesse übergab auf dem Landespflegekongress den Altenpflegepreis

Gleich drei Ereignisse waren es, zu denen die vormalige Gesundheitsministerin Birgit Hesse zahlreiche Interessierte in Rostock begrüßen konnte: der Landespflegekongress, die Verleihung des Altenpflegepreises 2016 und die diesjährige Pflegemesse. Das Zusammenspiel dieser Veranstaltungen unterstreiche, wie wichtig die Pflegebranche für Mecklenburg-Vorpommern sei, sagte die Ministerin: „Messe, Kongress und Altenpflegepreis können in diesen Tagen einen erkennbaren Beitrag leisten zu mehr Information, mehr Orientierung, mehr Austausch und mehr Öffentlichkeit."

Birgit Hesse wies darauf hin, dass vor allem durch das Zweite und Dritte Pflegestärkungsgesetz und die Reform der Pflegeausbildung sowohl für Pflegebedürftige als auch für die Beschäftigten in der Pflege entscheidende Veränderungen anstünden. Sie hob den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff hervor, der einen Paradigmenwechsel im Blick auf die Selbstbestimmtheit vollzieht und den gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung fixiert. „Das ist ein Fortschritt in Richtung mehr Teilhabe und mehr Gerechtigkeit und trägt damit auch einem dringenden sozialpolitischen Anliegen der Länder Rechnung", so die Ministerin.

Zum sechsten Mal wurde der Altenpflegepreis vergeben; er ist mit 3000 Euro für Platz 1, 1500 Euro für Platz 2 und 500 Euro für Platz 3 dotiert. Auf Platz 1 lag das Projekt „Entwicklung der Sterbekultur/Sterbebegleitung in den Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH" der Pflegeeinrichtung „Seniorenhaus Brunnenaue" in Stralsund. Platz 2 errang das Projekt „Betriebliches Gesundheitsmanagement" bei der „AWO Mecklenburg-Strelitz gGmbH". Platz 3 erreichte das Projekt „Zeitschenker" der Tagespflege „Am Buchenberg" aus Bad Doberan.

„Ein solcher Preis ist eine Anerkennung und eine kleine Belohnung für das tagtäglich in der Pflege Geleistete", betonte Ministerin Hesse. Gleichzeitig sei er eine Bestätigung dafür, dass diese wichtige Arbeit auch öffentlich wahrgenommen wird. ■

Nutzbar auch für mobile Endgeräte

Weiterbildungsdatenbank wurde neu gestaltet und ist jetzt in fünf Sprachen online

Die Weiterbildungsdatenbank für Mecklenburg-Vorpommern (http://www.weiterbildung-mv.de/) ist seit über 15 Jahren das Informationsportal in allen Fragen der Weiterbildung in unserem Bundesland. Jetzt präsentiert sich das Portal in einem modernisierten Design und macht es so an Weiterbildung Interessierten leichter, passgenaue Angebote zu finden. Eine berufsbegleitende Aufstiegsfortbildung, ein Englisch-Kurs oder ein Seminar zum Vereinsrecht – wer sich beruflich, privat oder ehrenamtlich weiterbilden will, findet zahlreiche Angebote.

„Ich freue mich, dass die Weiterbildungsdatenbank jetzt auch in Englisch, Französisch, Arabisch und Russisch verfügbar ist", sagte Sozialministerin Birgit Hesse. „Dadurch wird die ohnehin schon große Zielgruppe dieses Angebots noch einmal vergrößert."

Die Weiterbildungsdatenbank wird durch das Land aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Mehrfach wurde sie im Vergleich mit den Angeboten anderer Bundesländer von der Stiftung Warentest als Testsieger ausgezeichnet. Durch die Überarbeitung sind die Inhalte der Website noch übersichtlicher angeordnet und leicht navigierbar. Die Webseite ist auch für mobile Endgeräte optimiert. Mit dem mehrsprachigen Angebot öffnet sich die Weiterbildungsdatenbank außerdem interkulturell. Damit wendet sie sich auch an internationale Nutzerinnen und Nutzer, die von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern über Flüchtlinge bis hin zu an Weiterbildung Interessierten in der ganzen Welt reichen. Mehr als 7.000 Weiterbildungsangebote von etwa 430 Bildungsanbietern werden derzeit aufgelistet. ■

EhrenamtMessen 2017

Grußwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich freue mich, dass die EhrenamtMessen auch 2017, nun zum 10. Mal, in unserem Bundesland stattfinden.

Ehrenamtlich Engagierte haben wieder die Möglichkeit, sich über ihre Arbeit auszutauschen, sich weiter zu vernetzen und über neue Ideen zu diskutieren. Zahlreiche Aussteller bieten hier Interessierten und Engagierten neue Impulse und Informationen, die sie für ihre wichtige Tätigkeit brauchen. Die Vielfalt der Projekte hilft, weitere Menschen zu gewinnen, ehrenamtlich tätig zu werden. Die Schirmherrschaft für diese Messen liegt mir deshalb sehr am Herzen.

Mehr als jeder Dritte in Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich ehrenamtlich, in kleinen oder großen Vereinen und Verbänden sowie in kleineren Initiativen. Die „Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement" unterstützt die ehrenamtlich Engagierten hierbei.

2016 sind die EhrenamtMessen bei uns im Land auf besonders große Resonanz gestoßen. Ich hoffe, dass sich dieser positive Trend 2017 weiter fortsetzt.

Seien Sie dabei, sehen Sie sich um und informieren Sie sich. Wir brauchen auch in Zukunft ein starkes ehrenamtliches Engagement in M-V. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

Erwin Sellering
Ministerpräsident des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

Termine · Orte · Ansprechpartner

25. Februar 2017 · Schwerin 10 – 17:00 Uhr
Gymnasium Fridericianum · Goethestraße 74
EhrenamtMesse für Schwerin und den Landkreis Ludwigslust-Parchim
Karin Hoffmann · ehrenamt@drk-sn.de
Telefon 0385 555730-16
Eine Initiative vom Deutsches Rotes Kreuz

18. März 2017 · Güstrow 10 – 15:00 Uhr
Kreishaus · Am Wall 3 – 5
EhrenamtMesse für den Landkreis Rostock und die Hansestadt Rostock
Hilmar Fischer · h.fischer@drk-guestrow.de
Telefon 03843 4668668
Eine Initiative vom Deutsches Rotes Kreuz

4. – 5. März 2017 · Wismar 10 – 18:00 Uhr
Bürgerpark · Zum Festplatz
EhrenamtMesse für den Landkreis Nordwestmecklenburg
Karina Herzog · k.herzog@drk-nwm.de
Telefon 03881 7595-0
Eine Initiative vom Deutsches Rotes Kreuz

25. März 2017 · Pasewalk 11 – 16:00 Uhr
Kulturforum Historisches U · An der Kürassierkaserne 9
EhrenamtMesse für den Landkreis Vorpommern-Greifswald
Marion Lass · Marion.Lass@drk-uer.de
Telefon 03973 438412
Eine Initiative vom Deutsches Rotes Kreuz

11. März 2017 · Neubrandenburg 10 – 15:00 Uhr
Stella Schule · Robert-Blum-Str. 30
EhrenamtMesse für Neubrandenburg und den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Kathleen Kleist · k.kleist@neubrandenburg.drk.de
Telefon 0395 56039-18
Eine Initiative von AWO Deutsches Rotes Kreuz

01. April 2017 · Stralsund 11 – 16:00 Uhr
Rathaus-Keller · Alter Markt
EhrenamtMesse für Landkreis Vorpommern-Rügen
Jörg Schlanert · ehrenamt@drk-ruegen-stralsund.de · 03838 8023-17
Katja Mann · k.mann@drk-nvp.de · Telefon 038326 2295
Eine Initiative vom Deutsches Rotes Kreuz

Dienstleister, Förderer und Plattform

Stiftung für Ehrenamt und Engagement in MV hat schon 700 Vorhaben unterstützt

Im Juni 2015 ging die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern an den Start. Eineinhalb Jahre später hat sie fast 200 Vereine und Initiativen individuell zu juristischen und organisatorischen Fragen im Vereinsmanagement beraten und ihre Angebote in mehr als 50 Informations- und Gremienveranstaltungen vorgestellt, 72 Seminare und Workshops zur Weiterbildung von Ehrenamtlichen organisiert, engagierte Menschen in acht landesweiten thematischen Austausch-Foren und Fachtagungen miteinander vernetzt, die Online-Plattform „Gutes tun in MV" aufgebaut, mit der Vereine und engagierte Menschen zueinanderfinden können, schließlich über 700 ehrenamtliche Vorhaben mit finanziellen Mitteln unterstützt.

Man kann also sagen: Die Stiftung ist angekommen und wird angenommen von den Ehrenamtlichen und Engagierten im ganzen Land. Die Ehrenamtsstiftung MV hat sich zu einem Servicezentrum entwickelt, das Menschen im Einsatz für die Gemeinschaft unkompliziert und pragmatisch unterstützt.

Der oberste Grundsatz ist: Die Unterstützungsangebote werden nach dem tatsächlichen Bedarf gestrickt. Ist es ein ehrenamtlich organisiertes Vorhaben, für das die Mittel fehlen, kann man sie, auf zwei Seiten kurz begründet, beantragen. Ist es ein Thema, an dem viele arbeiten, aber immer wieder vor denselben Hürden stehen, organisiert die Stiftung eine Weiterbildung mit professionellen Referenten vor Ort oder gar ein landesweites Austausch-Forum. Geht es eher um eine individuelle Herausforderung im Verein, bietet die Stiftung Beratung an. All diese Leistungen und ein stetig wachsendes Informationsportal rund um das Thema „Ehrenamt und Vereinsarbeit" sind stets aktuell auf der Webseite unter www.ehrenamtsstiftung-mv.de abrufbar.

Darüber hinaus nutzt die Ehrenamtsstiftung ihre Website und Kanäle wie Facebook, Twitter, YouTube oder Instagram, um sichtbar zu machen, was über ehrenamtliches Engagement vor Ort entsteht. Seien es die Besuche der ehrenamtlichen Demenzbegleiterin, die Sprechstunden der Schulmediatoren zur Konfliktlösung unter Schülern, das gemeinsam organisierte Opernkonzert im Behindertenforum oder der traditionelle Dorftag des Heimatvereins – die Stiftung zeigt die bunte Vielfalt an Themen und Formen, in denen die Menschen im Land ihre Gemeinschaft gestalten. Dieses Engagement findet selten im Rampenlicht statt, und doch sind es genau diese Menschen, die andere inspirieren und motivieren. Die Ehrenamtsstiftung verleiht ihnen eine Stimme, die weiter reicht als bis kurz vor die eigene Haustür. Sie trägt gute Beispiele und das Know-how weiter, damit sich der Bauplan für das sprichwörtliche Rad schnell und unkompliziert im Land verbreitet und man vor Ort nur noch an der Adaption feilen muss. Informationsmöglichkeiten sind:

Website: www.ehrenamtsstiftung-mv.de – Veranstaltungen, Weiterbildungen, Neuigkeiten, Informationen rund um das Ehrenamt und Vereinsarbeit, Projektgalerie und Antragsformular

Vereins- und Mitmach-Portal: www.ehrenamtsstiftung-mv.de/engagement/. – Vereine stellen sich und ihre Angebote zum Mitmachen vor; engagierte Leute finden passende Angebote

Instagram: https://www.instagram.com/ehrenamtsstiftung/. – Momentaufnahmen aus ehrenamtlichen Projekten in Mecklenburg-Vorpommern

Einblick in die tägliche Arbeit gibt es über Facebook, YouTube und Twitter.

Ausblick auf die Themen 2017

Weiterbildungen: Vereinsrecht | Buchführung und Jahresplanung im Verein | Webseiten-Gestaltung | Beantragung von Fördermitteln | Steuerrecht

Austauch-Foren: Symposium „10 Jahre Ehrenamtsmessen" mit Ausstellung „Momentaufnahmen Ehrenamt & Engagement in MV" am 24. Februar in Schwerin | Forum „Integration gestalten" im März | Forum „Kinder – Kitas – Kooperationen – Engagement und Partizipation in Kindertageseinrichtungen" am 6. April in Greifswald | Tagung „Pflege und Ehrenamt" (Termin noch in Abstimmung).

Termine und Orte unter: www.ehrenamtsstiftung-mv.de/weiterbildung-austausch/

Die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in der Eisenbahnstr. 8, 18273 Güstrow, Tel.: (03843) 77499-0; Mail: kontakt@ehrenamtsstiftung-mv.de ■

Steigerung in drei Schritten

Die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und die beteiligten Krankenkassen im Land haben sich auf höhere Vergütungssätze in der häuslichen Krankenpflege geeinigt. Für die rund 200 Pflegedienste der Liga steigen sie danach in drei Schritten. Bereits zu Beginn 2016 waren sie, analog der Grundlohnsumme, um 2,95 Prozent angehoben worden. Zum 1. Juli kamen 1,4 bzw. 2,5 Prozent dazu und zum 1. Januar und 1. Juli 2017 werden es nochmals so viel sein. ■

Kleine Maßnahmen mit großer Wirkung

Nebenwirkungen bei Medikamenten: Die Hälfte ist vermeidbar

Eine Studie mit 15 Pflegeeinrichtungen und 1000 Heimbewohnern in Mecklenburg-Vorpommern war Ausgangspunkt einer Studie, die Prof. Dr. med. Petra Thürmann von der Universität Witten/Herdecke in Berlin im Rahmen des 2. Internationalen Tages der Patientensicherheit vorstellte.

Ziel ist, die medikamentöse Behandlung von Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen zu verbessern.

Prof. Thürmann geht davon aus, dass bei rund zehn bis zwölf Prozent der Bewohner von stationären Pflegeeinrichtungen deutliche bis schwerwiegende Nebenwirkungen aufgrund der Medikamentengabe auftreten.

„Mehr als die Hälfte davon ist vermeidbar", sagt die Wissenschaftlerin. „Es sind kleine Maßnahmen, die eine große Wirkung für die Arzneimitteltherapiesicherheit haben." Zum einen müsse das Pflegepersonal viel stärker als bisher über die Nebenwirkungen von Medikamenten geschult werden. Zum anderen komme es vor allem auch auf einen guten Kontakt des Pflegepersonals mit den Apotheken und Hausärzten an, „die als Team strukturiert zusammenarbeiten müssen". Vor allem komme es dabei darauf an, vermeidbare Nebenwirkungen der Medikamente überhaupt erst als solche zu erkennen. ■

Azubis in der größten Krankenkasse

Anfang September starteten 63 junge Frauen und Männer bei der AOK Nordost ihre Ausbildung – 18 in Mecklenburg-Vorpommern sowie 26 in Berlin und 19 in Brandenburg. Unter ihnen sind auch zwei Flüchtlinge aus Nigeria und Syrien, die zuvor erfolgreich ein Praktikum im Unternehmen absolvieren konnten. In den kommenden drei Jahren werden die Azubis bei der größten Krankenkasse in der Region zu Sozialversicherungsangestellten, Kaufleuten für Büromanagement oder Veranstaltungskaufleuten ausgebildet. *AOK-Forum*

Einsendeschluss: 6. Februar

Zum elften Mal wird der Medienkompetenz-Preis MV ausgeschrieben

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern schreiben für 2017 wieder den Medienkompetenz-Preis Mecklenburg-Vorpommern aus, der seit 2006 vergeben wird. Veranstaltet wird der Wettbewerb in Zusammenarbeit mit dem Institut für neue Medien Rostock, dem Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern und dem Netzwerk Medienaktiv MV.

Schulklassen, Bildungsträger, Gruppen aus Freizeit- und Kindereinrichtungen, Vereine, Jugend- und Senioreninitiativen und Privatpersonen aus unserem Land können bis zum 6. Februar ihre medienpädagogischen Projekte 2016 und 2017 einreichen, online unter www.medienkompetenzpreis-mv.de oder per Post beim Institut für neue Medien, Festivalbüro, Friedrichstraße 23, 18057 Rostock unter dem Stichwort „Medienkompetenz-Preis MV 2017". Die Projekte können aus allen Bereichen (Internetseite, Hörspiel, Film, Zeitung, Buch) kommen. Es gibt keine Altersbeschränkung. Besonders Projekte aus dem frühkindlichen Bereich und Projekte, die von und mit Seniorinnen und Senioren durchgeführt werden, sind aufgerufen, Bewerbungen einzureichen.

Zusätzlich loben 2017 der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern und das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des Medienkompetenz-Preises MV einen Themenpreis „Der Einstieg in die Medienwelt – Mit Sicherheit und Spaß die neuen Möglichkeiten erleben" aus. ■

Vertrag um zwei Jahre verlängert

BB-MV-Lokal-TV: Lokales Fernsehen ist weiter über Satellit zu empfangen

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) und die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) setzen ihre Förderung des gemeinsamen Satellitenkanals BB-MV-Lokal-TV fort. MMV-Direktor Bert Lingnau und mabb-Direktorin Dr. Anja Zimmer haben einen Vertrag über die Verlängerung des Projekts um zwei Jahre unterzeichnet; er gilt bis zum 31. August 2018. Zuschauende in unserem Bundesland sowie in Berlin und Brandenburg können damit weiterhin ihr jeweiliges Lokalfernseh-Programm über den Satellitenkanal BB-MV-Lokal-TV (Astra 19.2 Ost) empfangen. Ohne das Förderprojekt der beiden Landesmedienanstalten wäre dies nicht möglich. „Vor allem in ländlichen Gemeinden empfangen die Menschen ihre Fernsehprogramme über Satellit", so MMV-Direktor Bert Lingnau. „Seit dem 1. September können sie weiterhin fünf Lokal-TV-Programme aus Mecklenburg-Vorpommern weiterhin sehen und sich über Aktuelles aus ihrer Stadt und ihrer Region informieren."

Sendezeiten: wismar tv sonntags 20.30 bis 21 Uhr, Stralsund TV montags, mittwochs, sonnabends 20 bis 20.30 Uhr, Rügen TV dienstags, donnerstags, freitags, sonntags 20 bis 20.30 Uhr, Greifswald TV dienstags, donnerstags, freitags: 20.30 bis 21 Uhr, Usedom TV montags, mittwochs, sonnabends 20.30 bis 21 Uhr, Vorpommern Sport montags bis freitags 22 bis 22.30 Uhr.

Der Gemeinschaftskanal BB-MV-Lokal-TV startete am 1. September 2013 und war zunächst auf drei Jahre befristet. Es ist ein Gemeinschaftskanal von insgesamt 21 lokalen Programmveranstaltern, die täglich zwischen 17 und 23 Uhr in 30-Minuten-Fenstern senden. ■

BLICK ZUM NACHBARN – SCHLESWIG-HOLSTEIN

Altenparlament gibt Anstöße

Der Landtag*, die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein, berichtet in der jüngsten Ausgabe (Nr. 3 / September 2016) über das diesjährige Altenparlament in Kiel:*

Dialog und Mitsprache: Dafür steht das Altenparlament. Bereits seit 1989 kommen einmal im Jahr etwa 80 Senioren im Landeshaus zusammen, um gemeinsam ihre Forderungen an die Landespolitik zu formulieren und um mit Abgeordneten zu diskutieren. Die Delegierten werden von Seniorenbeiräten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und den im Landtag vertretenen Parteien nominiert. Rund 70 Anträge beschloss das diesjährige Altenparlament Mitte September: So soll es flächendeckend ausreichend Ärzte und Pflegekräfte geben – durch mehr Studienplätze und eine attraktivere Ausbildung. Im Straßenverkehr fordern die Altenparlamentarier mehr Ampeln, Laternen und Zebrastreifen. Bankgeschäfte und Steuererklärungen sollen auch weiterhin auf Papier erledigt werden können und nicht nur per Internet. Und: Kfz-Versicherungen sollen keine Zusatzbeiträge von älteren Autofahrern mehr kassieren dürfen. Die Fraktionen, die Ministerien sowie die schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten nehmen jetzt zu den Beschlüssen Stellung.

Alle Beschlüsse und mehr Informationen stehen im Internet: www.sh-landtag.de. Rubrik „Service".

Zur Frage „Fühlen Sie sich von den ‚echten' Politikern ernst genommen?" zitierte Der Landtag vier Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Altenparlaments. Holger Groteguth (68), der den DGB vertrat und zum zweiten Mal dabei war, antwortete: „Ich finde mich ernst genommen, das Altenparlament ist eine gute Einrichtung. Man muss allerdings bedenken, dass wir mit der Umsetzung der Forderungen nichts zu tun haben. Solche Dinge, wie den Haushalt, können wir getrost außer Acht lassen – das ist dann Angelegenheit des Landtags."

Dagmar Ungethüm-Ancker (58) vom Landessportverband, zum ersten Mal Teilnehmerin: „Generell fühle ich mich angenommen, aber ich möchte auch gern an den Entscheidungen beteiligt werden."

Maria Andresen (65), Vertreterin der Senioren von Bündnis 90 / Die Grünen und zum ersten Mal dabei, meinte: „Ich befürchte, das Altenparlament ist eine Schaufensterveranstaltung wie etwa die Jugendparlamente in den Kreisen. Die Parteien müssen die Vorschläge des Altenparlaments aufgreifen, ansonsten wird nichts daraus. Nötig wäre eine Evaluation, wie die Beschlüsse umgesetzt werden."

Bernhard Bröer (80) vom Landesseniorenrat und zum 14. Mal dabei, bestätigte: „Ja, durchaus. Nun kenne ich aber auch viele Politiker persönlich, mit vielen duze ich mich. Es gibt ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis, und man hört einander zu. Man darf einen Politiker nicht als Fremdkörper betrachten, als ‚einen von da oben'. Das ist einer von uns, denn er ist ja von uns gewählt." ■

Nicht zu viel phosphorreiche Lebensmittel

DGE-Empfehlungen zur Ernährung bei Osteoporose – Teil II

Die Behandlung von Osteoporose sollte immer aus einem sinnvollen Zusammenspiel von Ernährungsmaßnahmen, physiotherapeutischen Maßnahmen und medikamentöser Behandlung bestehen. Zur Förderung des Knochenaufbaus ist ein Muskelaufbau zusammen mit einer Calcium- und Vitamin D-reichen Ernährung empfehlenswert. Empfohlen wird:

- Eine bedarfsgerechte Energie- und Protein- bzw. Eiweißzufuhr. Hierbei spielt es im Rahmen der Osteoporoseprävention keine Rolle, ob das Protein tierischer (Fleisch, Milch etc.) oder pflanzlicher Herkunft (Erdnüsse, Linsen, Bohnen etc.) ist.
- Eine calciumreiche Ernährung mit 1200 bis 1500 Milligramm Calcium pro Tag auf der Basis einer vollwertigen ausgewogenen Mischkost. Milch und Milchprodukte sind in jedem Lebensalter gute Calciumlieferanten.
- Die Calciumzufuhr auf mehrere Mahlzeiten über den Tag zu verteilen.
- Bei älteren Menschen eine ausreichende Vitamin-D-Zufuhr sicherzustellen. Durch den Verzehr von ein bis zwei Fischmahlzeiten pro Woche ist dies allein nicht möglich. Wenn der Blutwert an Vitamin D (gemessen wird der Serumspiegel an dem so genannten 25-Hydroxyvitamin D im Blut) unter 50 nmol pro Liter sinkt (kann beim Arzt gemessen werden), sollte eine Nahrungsergänzung mit Vitamin D in Höhe von täglich 20 Milligramm erwogen werden.
- Ausreichende Bewegung, möglichst im Freien. Durch die Einwirkung von Sonnenlicht auf die Haut kann der Körper im Sommerhalbjahr Vitamin D bilden, das für die Calciumaufnahme im Körper sehr wichtig ist. Und Bewegung kräftigt nicht nur die Muskulatur, sondern stimuliert auch den Knochenaufbau.
- Calciumreiches Gemüse wie Brokkoli, Fenchel, Grünkohl und Lauch bevorzugt verzehren. Kohlgemüse und grünes Blattgemüse sind darüber hinaus gute Lieferanten für weitere essenzielle Nährstoffe wie Vitamin K, das ebenfalls im Knochenstoffwechsel wichtige Funktionen erfüllt.

DGE-Ernährungskreis

- Calciumreiche Getränke wie beispielsweise calciumhaltige Mineralwässer mit mehr als 150 Milligramm Calcium pro Liter und calciumangereicherte Fruchtsäfte wählen. Diese können ebenfalls zur Bedarfsdeckung beitragen.
- Koffeinhaltige Getränke sind in Maßen zu genießen. Koffein steigert in zu hohen Mengen die Calciumausscheidung über die Nieren. An Bohnenkaffee können drei bis vier Tassen täglich getrunken werden, ohne dass bei adäquater Calciumzufuhr die Calciumbilanz verschlechtert wird.
- Alkoholische Getränke sind möglichst wenig zu konsumieren, maximal ein Glas Wein bzw. 0,3 Liter Bier pro Tag. Chronisch überhöhter Alkoholkonsum beeinträchtigt einerseits den Vitamin D-Stoffwechsel, so dass Calcium vermindert aufgenommen wird, andererseits wirkt er direkt toxisch auf die Knochen aufbauenden Zellen.
- Speisen eventuell mit Magermilchpulver anzureichern, beispielsweise gebundene Suppen, Soßen, Cremes, Kartoffelpüree. 10 Gramm Magermilchpulver enthalten 130 Milligramm Calcium.
- Den Verzehr von größeren Mengen an Lebensmitteln, die reichlich Phosphor/Phosphat enthalten, wie Fleischerzeugnisse, Schmelzkäse u. a., zu unterlassen, da diese angeblich den Calcium- und Knochenstoffwechsel ungünstig beeinflussen. Kontrollierte Studien konnten dies jedoch nicht bestätigen. Die Calciumbilanz wird durch eine hohe Phosphoraufnahme nicht verschlechtert, und Knochenabbauprozesse werden nicht gefördert. Die Einhaltung eines bestimmten Calcium- Phosphor-Verhältnisses ist nicht notwendig.
- Oxalsäurereiche Lebensmittel, wie Rhabarber, Spinat, Mangold und Rote Bete, nur in eingeschränktem Umfang zu verzehren. Beim Verzehr von oxalsäurereichen Lebensmitteln bildet sich ein unlöslicher Komplex zwischen Calcium und Oxalsäure, das so genannte Calciumoxalat, welches der Körper nicht verwerten kann.

Gesellschaft für Ernährung e. V.
Sektion Mecklenburg-Vorpommern

Was sich ab kommendem Jahr ändert

Einheitliche Eigenanteile entsprechend der Einrichtungen / Was zahlen die Pflegekassen?

Der Pflegestützpunkt Vorpommern-Rügen informiert über die bundesweiten Änderungen ab 2017:

Die Bundesregierung hat die Pflegeversicherung umfassend reformiert. Erste Änderungen des Gesetzes sind bereits seit dem 1. Januar 2016 in Kraft, weitere Neuerungen entfalten ihre Wirkung im kommenden Jahr.

Was ändert sich für Pflegebedürftige?

1. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff
2. Das neue Begutachtungsassessment
3. Die Umstellung der Pflegestufen auf Pflegegrade

Im Mittelpunkt des Pflegestärkungsgesetzes steht der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff. Dieser soll erstmals allen Pflegebedürftigen gleichberechtigten Zugang zu Pflegeleistungen ermöglichen, ungeachtet dessen, ob sie aufgrund körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigungen pflege- oder unterstützungsbedürftig sind. Grundlage dafür ist ein neues Begutachtungsverfahren.

Bisher wurde der Hilfebedarf bei einzelnen Verrichtungen in den Bereichen der Körperpflege, Ernährung und Mobilität in Minuten ermittelt. Ab 2017 wird der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen zum Kriterium der Pflegebedürftigkeit, das heißt, im Mittelpunkt steht künftig die Frage, wie selbstständig kann er den Alltag bewältigen und wieviel Unterstützung ist dafür erforderlich. Dafür werden sechs Aktivitätsbereiche (Module) bei der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung relevant:

- Mobilität
- Kognitive und kommunikative Fähigkeiten
- Verhaltensweisen und psychische Problemlagen
- Selbstversorgung
- Umgang mit krankheits- / therapiebedingten Anforderungen und Belastungen
- Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte

Aufgrund einer Gesamtbewertung aller Fähigkeiten und Beeinträchtigungen erfolgt die Zuordnung zu einem der fünf Pflegegrade. Dabei gilt: Je höher der Pflegegrad, desto mehr ist der Mensch in seiner Selbstständigkeit eingeschränkt.

Was wird aus den bisherigen Pflegestufen?

Bis zum 31. Dezember 2016 gelten die bisherigen drei Pflegestufen, zuzüglich der so genannten Pflegestufe 0. Ab dem 1.Januar 2017 wird es fünf Pflegegrade geben. Wer bis dahin bereits Pflegeleistungen bezieht, hat keinen zusätzlichen Aufwand und braucht keinen neuen Antrag auf eine Umstellung einzureichen, sondern er wird in das neue System automatisch einbezogen. Die zuständige Pflegekasse wird den betroffenen Personen dazu rechtzeitig vor dem Jahreswechsel einen schriftlichen Bescheid zusenden.

Pflegebedürftige mit ausschließlich körperlichen Einschränkungen erhalten anstelle der bisherigen Pflegestufe den nächsthöheren Pflegegrad – zum Beispiel wird aus Pflegestufe 1 der Pflegegrad 2. Wer an Demenz leidet oder durch eine psychische Erkrankung zusätzlich auch in der Alltagskompetenz eingeschränkt ist, rückt zwei Grade auf und kommt von der Pflegestufe 1 in den Pflegegrad 3.

Überleitung der Pflegestufen in Pflegegrade

Alt	Neu
Pflegestufe unterhalb 1 (sogenannte Pflegestufe 0)	Pflegegrad 2
Pflegestufe 1	Pflegegrad 2
Pflegestufe 1 mit eingeschränkter Alltagskompetenz	Pflegegrad 3
Pflegestufe 2	Pflegegrad 3
Pflegestufe 2 mit eingeschränkter Alltagskompetenz	Pflegegrad 4
Pflegestufe 3	Pflegegrad 4
Pflegestufe 3 mit eingeschränkter Alltagskompetenz	Pflegegrad 5
Härtefall	Pflegegrad 5

Wie hoch sind die Leistungen der Pflegekassen ab Januar 2017?

Leistung	PG 1	PG 2	PG 3	PG 4	PG 5
Pflegegeld		316	545	728	901
Pflegesachleistung		689	1298	1612	1995
Tages-/Nachtpflege		689	1298	1612	1995
Vollstationäre Pflege	125	770	1262	1775	2005
Entlastungsbetrag	125	125	125	125	125
Zum Verbrauch bestimmte Hilfsmittel	40	40	40	40	40
Kurzzeitpflege jährlich		1612	1612	1612	1612
Verhinderungspflege jährlich		1612	1612	1612	1612
Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen	4000	4000	4000	4000	4000

*PG = Pflegegrad

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Neu ab 2017 in der stationären Pflege: Einrichtungs-einheitliche Eigenanteile

Pflegeheimbewohner müssen einen Teil der Pflegekosten selbst finanzieren. Mit einer Erhöhung der Pflegestufe sind diese für den Betroffenen mit angestiegen. Ab 2017 werden nun einheitliche Eigenanteile eingeführt. Unabhängig von dem jeweiligen Pflegegrad zahlen alle Bewohner mit den Pflegegraden 2 bis 5 einer Einrichtung den gleichen pflegebedingten Eigenanteil.

Pflegeberatung – Hilfe durch die Pflegestützpunkte

Die Bedeutung der Pflegeberatung wird weiter gestärkt. Pflegebedürftige oder ihre Angehörigen werden verstärkt darin unterstützt, die Leistungen aus der Pflegeversicherung kennenzulernen, um diese nach ihren Bedürfnissen und Wünschen zusammenzustellen und zu organisieren. Dafür benennen die Pflegekassen oft feste Ansprechpartner vor Ort. Aber auch die Pflege- und Sozialberater in den Pflegestützpunkten (unabhängige Beratungsstellen) unseres Bundeslandes rechnen mit einer Vielzahl von Anfragen zu den neuen Regelungen in der Pflege ab 2017.

Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern

Rostock	0381 - 3811507 oder 3811508
Außenstelle Rostock Süd	0381 - 3811506 oder 3811509
Schwerin	0385 - 5452120 oder 5452121
Neubrandenburg	0395 - 570875751 oder 570875752
Anklam	03834 - 87602510 oder 87602511
Greifswald	03834 - 87602514 oder 87602515
Pasewalk	03834 - 87602512 oder 87602513
Stralsund	03831 - 3571802 oder 3571801
Demmin	0395 - 570874751 oder 570874750
Neustrelitz	0395 - 570873751 oder 570873750
Güstrow	03843 - 75550241 oder 75550240
Grevesmühlen	03841 - 30405080 oder 30405081
Wismar	03841 - 30405082 oder 30405083
Ludwigslust	03871 - 7225094 oder 7225093
Parchim	03871 - 7225092 oder 7225091

„Glutenfrei“ und „laktosefrei“ – eine Werbestrategie?

Im Supermarkt gibt es viele Produkte, die mit „laktosefrei“ oder „glutenfrei“ beworben werden. Teilweise sind sie teurer als Lebensmittel ohne diese Kennzeichnung. Warum ist das so und was können diese Produkte leisten?

Was ist Laktose?

Laktose ist Milchzucker und ein natürlicher Bestandteil der Milch. Kuh- und Schafsmilch enthalten knapp fünf Gramm Milchzucker pro 100 Milliliter. Der Milchzuckergehalt von Ziegenmilch ist mit 4,2 Gramm pro 100 Milliliter etwas geringer. Milcherzeugnisse enthalten, abhängig von der Art der Verarbeitung, unterschiedlich viel Laktose. Joghurt, Buttermilch, Sahne, Molke oder Dickmilch haben etwa genauso viel Laktose wie Trinkmilch. Der Laktosegehalt von Frischkäse und Quark liegt zwischen zwei und vier Gramm pro 100 Gramm. Butter hat mit 0,6 Gramm je 100 Gramm einen geringen Milchzuckergehalt. Bei Käse nimmt der Laktosegehalt mit der Reifezeit ab. So haben lang gereifte Schnitt- und Hartkäsesortenn wie Gouda, Edamer, Emmentaler oder Parmesan, praktisch keine Laktose mehr.

verbraucherzentrale
Mecklenburg-Vorpommern

Was bedeutet „laktosefrei“?

Da Laktose zu den 14 kennzeichnungspflichtigen Hauptallergenen zählt, müssen Verbraucher grundsätzlich sowohl bei verpackten Lebensmitteln als auch bei loser Ware über das Vorhandensein von Laktose informiert werden. Der Begriff „laktosefrei“ ist bisher nicht gesetzlich geregelt. Hersteller, die mit „laktosefrei“ werben, geben meist einen Restgehalt von weniger als 0,1 Gramm Laktose pro 100 Gramm Lebensmittel an. Eine Verpflichtung zur Angabe „laktosefrei“ gibt es nicht.

Wer benötigt laktosefreie Lebensmittel?

Etwa 15 bis 20 Prozent der deutschen Bevölkerung leidet unter einer Laktose-Intoleranz, bei der der Milchzucker schlecht oder gar nicht verdaut werden kann. Für diese Personen kann zumindest ein Teil der als „laktosefrei“ beworbenen Lebensmittel sinnvoll sein. So gibt es zum Beispiel laktosefreie Milch, die von Betroffenen besser vertragen wird, weil der Milchzucker in einem zusätzlichen Produktionsschritt bereits aufgespalten wurde. Wer keine Milchzuckerunverträglichkeit hat, benötigt diese Spezialprodukte nicht. Andere als „laktosefrei“ gekennzeichnete Produkte sind sogar für Personen mit Milchzuckerunverträglichkeit überflüssig, weil sie natürlicherweise gar keine oder nur wenig Laktose enthalten. Ein typisches Beispiel ist lang gereifter Käse. Hier lohnt es sich nicht einmal für betroffene Personen, mehr Geld auszugeben.

Fortsetzung auf Seite 22

„Hier fühl´n wir uns zu Hause …

Vitanas

… denn hier können wir einfach sein, wie wir sind und die Nachbarn sind auch noch nett!“

Das bieten wir - kurzgefasst:

Kurz- und Langzeitpflege | spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Ihre privaten Möbel können Sie natürlich gern mitbringen | Reinigungsservice für Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6
17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0

www.vitanas.de

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40
17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0

Fortsetzung von Seite 20

Was ist Gluten?
Gluten ist eine Eiweißkomponente in bestimmten Getreiden, wie Weizen, Roggen oder Gerste. Neben Getreide und Getreideprodukten enthalten auch viele verarbeitete Produkte Gluten, da dieses zum Beispiel zum Gelieren, Stabilisieren oder als Träger von Aromastoffen eingesetzt wird.

Was bedeutet „glutenfrei"?
Da Gluten ebenso zu den 14 kennzeichnungspflichtigen Hauptallergenen gehört, müssen Verbraucher über das Vorhandensein von Gluten bei verpackter sowie bei loser Ware informiert werden. Für die Auslobung „glutenfrei" gibt es einen EU-weit verbindlichen Grenzwert. Lebensmittel mit diesem Hinweis dürfen maximal 20 Milligramm Gluten pro Kilogramm enthalten. Der Grenzwert gilt auch für Produkte mit dem Symbol der durchgestrichenen Getreideähre, das von der Deutschen Zöliakiegesellschaft vergeben wird.

Wer benötigt glutenfreie Lebensmittel?
Bis vor kurzem ging man davon aus, dass etwa ein Prozent der deutschen Bevölkerung von der Autoimmunerkrankung Zöliakie betroffen ist. Neuere Untersuchungen deuten laut Deutscher Zöliakieschaft auf ein häufigeres Auftreten der Erkrankung hin. Bei Menschen mit Zöliakie führt Gluten zu schweren Schädigungen der Dünndarmschleimhaut. Die Folgen sind Nährstoffmangel und Beschwerden, wie chronische Bauchschmerzen, Durchfälle oder Blähungen. Eine gesicherte Diagnose kann allerdings nur vom Arzt durch bestimmte Bluttests und eine Dünndarmbiopsie gestellt werden. Betroffene müssen ihr Leben lang auf Gluten verzichten und ihre Ernährung entsprechend umstellen.
Neben der Zöliakie diskutieren Wissenschaftler seit einiger Zeit, ob es eine andere Form der Glutenunverträglichkeit gibt, die bei Menschen ohne Zöliakie zu verschiedenen gesundheitlichen Beschwerden führen soll. In diesem Zusammenhang wird von Weizensensitivität (korrekt: Nicht-Zöliakie-Nicht-Weizenallergie-Weizensensitivität) gesprochen. Über diese Darmerkrankung ist noch nicht viel bekannt.
Personen mit Zöliakie oder Weizensensitivität profitieren von der immer größer werdenden Produktpalette bzw. der zunehmenden Kennzeichnung von Produkten mit dem Hinweis „glutenfrei". Wer nicht unter diesen Erkrankungen leidet, hat keinen gesundheitlichen Vorteil durch den Verzehr dieser Produkte.

Fazit:
Hersteller verleihen herkömmlichen Produkten durch die Auslobungen „laktosefrei" oder „glutenfrei" mitunter ein positives Image. Diese Lebensmittel sind weder gesünder noch von höherer Qualität. Der Verzehr bietet Menschen, die nicht von Laktose-Intoleranz bzw. Zöliakie betroffen sind, keine Vorteile. Nur wenn eine dieser Erkrankungen vom Arzt diagnostiziert wurde, ist eine Ernährungsumstellung nötig. ■

Jetzt Technikkoffer mit Laptop und Beamer

Polizeiinspektion Anklam: Netz der Präventionsangebote wird größer

„Haben wir bislang bei unseren Maßnahmen zur Vorbeugung von Straftaten, u. a. in Zusammenarbeit mit Schulen zu Themen der Drogen- oder Internetkriminalität, auf unsere Präventionsberater gesetzt, so nutzen wir nun auch verstärkt das Wissen und Können unserer pensionierten Polizisten Harald Brose aus Ueckermünde und Stephan Lack aus Greifswald." Das schreibt die Polizeiinspektion Anklam im Landkreis Vorpommern-Greifswald auf Facebook. Dank der Unterstützung durch den Präventionsrat des Landkreises erhielten die beiden Seniorensicherheitsberater jüngst Technikkoffer mit Laptop und Beamer, um noch besser mobile Beratung durchführen zu können. „Das Interesse der Menschen daran wächst, und wir sind gemeinsam mit dem Präventionsrat in der Lage, in unserem großen Bereich noch umfassender Tipps für mehr Sicherheit zu geben.". Interessenten können sich wegen weiterer Informationen an Börge Glawe, Präventionsrat Landkreis Vorpommern-Greifswald, wenden; Telefon (03834) 8760-2737

„Harald Brose hat bei der vorbeugenden Arbeit viel Erfahrung gesammelt", schreibt der *Nordkurier / Haff-Zeitung*. „Er hat als Beamter unter anderem in Pasewalk und Anklam gearbeitet, sein ursprüngliches Gebiet aber war der Ueckermünder Bereich. Nun ist Harald Brose wieder in Sachen Prävention unterwegs, ebenso wie der gleichfalls pensionierte Stephan Lack aus Greifswald."
In Loitz und Sophienhof hatte der Verein „Frauen im sozialen Bereich" die gemeinsame Initiative von Landesseniorenbeirat und Landeskriminalamt aufgegriffen und den Kriminalhauptkommissar a. D. Stephan Lack zu einer Veranstaltung eingeladen. „Ein gesundes Misstrauen ist wichtig", riet er den Anwesenden laut *Nordkurier / Vorpommern-Kurier*. Das gelte insbesondere, wenn fremde Personen Einlass erbitten – sei es für einen Service wie

das Stromablesen oder Montagearbeiten, wegen einer angeblichen Notlage oder der Vorstellung von Produkten wie etwa Pullover.

Prävention sei in der Region wichtig besonders im Blick auf das Geschehen auf der Insel Usedom und nahe der polnischen Grenze. In größeren Städten wie Greifswald sind umfangreichere Menschenansammlungen und Volksfeste, beispielsweise Weihnachtsmärkte, im Blick. „Die sicherste und billigste Einbruchssicherung ist eine gute Nachbarschaft", rät Stephan Lack.

Bei der Betrugsmasche am Telefon, die zunehme, geben sich die Anrufer oft als staatliche Vertreter aus. Lack: „Die echte Polizei belästigt Sie im Normalfall nicht per Telefon. Und Behörden rufen nicht an, die schicken Schreiben." Und was das Auto betrifft: „Das ist kein Tresor, aber leider wird es von manchen Besitzern oft als Ausstellungsraum missbraucht."

Projekt Seniorensicherheitsberater wird finanziert durch:
PROVINZIAL
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

„Es muss nicht erst etwas passieren", hebt Kreissprecherin Anke Radloff in Anklam hervor. Die mobile kriminalpolizeiliche Beratung fahre auf telefonische Anforderung auch in die Dörfer. Dabei nehmen die Experten auf Wunsch Wohn- und Firmengebäude, Lagerhallen oder Garagen unter die Lupe, zeigen Schwachstellen auf und geben Empfehlungen zu effektiverem Einbruchs- und Diebstahlschutz.

Die Ansprechpartner in der Region sind: Polizeistation Jarmen (gehört zum Revier Anklam), Lindenstr. 12 – 13, Tel. 03997-88790 oder 0173-6073881; Sprechzeit: Dienstag 16 – 18 Uhr. Polizeihauptrevier Demmin, Rudolf-Breitscheid-Str. 11, Tel. 03998-2540. Polizeistation Loitz (gehört zum Revier Greifswald), Goethestr. 46c, Tel. 03998-31930; Sprechzeiten: Dienstag 14 – 18 und Mittwoch 10 – 12 Uhr.

Kriminalbeamte stehen „voll im Stoff"

Präventionsrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald auf vielen Feldern aktiv

Trotz eines immensen Wirkungsbereiches von knapp 4000 Quadratkilometern hat der Präventionsrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald die Herausforderung angenommen, in dieser Fläche bürgernah zu beraten und aufzuklären. So informierte der Sprecher der Kreisverwaltung, Achim Froitzheim, kürzlich die Öffentlichkeit. Gemeinsam mit der Polizei, ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberatern und dem kommunalen Präventionsrat bietet das bei der Kreisverwaltung angesiedelte Netzwerk praktische Hilfestellung zur Verbrechensbekämpfung. In einer Beratung im Oktober gaben die Mitwirkenden im Beisein des zuständigen Dezernenten Dirk Scheer und des Leiters der Polizeiinspektion Anklam, Gunnar Mächler, kurze Berichte zu den Aktivitäten und stimmten künftige Aktionen und Projekte ab.

Seniorengruppen im gesamten Kreis werden intensiv zu den Hauptfeldern Einbruch, Diebstahl und Trickbetrug aufgeklärt. Bei den ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberatern handelt es sich um pensionierte Kriminalbeamte, die thematisch „voll im Stoff" stehen. In kleineren und größeren Projekten erfahren Schüler Wissenswertes zur Internetkriminalität, zum Drogenmissbrauch und Mobbing. Darüber hinaus beraten Mitarbeiter von Kreis und Polizei Bürger bei der Markierung von wertvollen technischen Geräten in Privatwohnungen, von Bootsmotoren sowie teuren Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Gerätschaften. Lebensrettende Ausrüstungen der Feuerwehren werden sogar nach erfolgter Beratung an Ort und Stelle kostenlos markiert. Potentielle Diebe weist ein Schild mit der Aufschrift „markiert mit künstlicher DNA" am jeweiligen Gegenstand darauf hin, dass dieser beispielsweise bei Verkehrskontrollen mit Hilfe spezieller Technik von der Polizei erkannt werden kann.

„Ich freue mich, dass der Präventionsrat buchstäblich Fahrt aufgenommen hat und mit seiner mobilen Ausrichtung nachweislich immer mehr Bürgerinnen und Bürger erreicht", lobte Dirk Scheer die Arbeit des Gremiums und der lokalen Präventionsräte, „insbesondere die ersten Ergebnisse der Kontakte zu den Feuerwehren und Landwirten sind vielversprechend." Ein Schlüssel zum Erfolg sei auch das erste in einem Landkreis eingesetzte neue Präventionsmobil, mit dem die Bürger direkt erreicht werden. An Bord befinden sich auch alle Broschüren und Anschauungsmaterial.

Börger Glawe, der neue Verantwortliche der Kreisverwaltung für den Bereich Prävention, setzt mit seinen Kollegen von der Polizei auf intensive Zusammenarbeit mit allen freiwilligen Feuerwehren und den Landwirten: „Wir suchen den persönlichen Kontakt." Auch bei der Seniorenberatung, die weiter ausgebaut werden soll, und bei zukünftigen Projekten mit Schülerinnen und Schülern – das Erfolgsrezept auf allen Feldern der Präventionsarbeit, so der Konsens aller Präventionsratsmitglieder, sei das persönliche Gespräch.

hekau

LANDKREIS ROSTOCK

Rückblick auf die Aktivitäten in Krakow

Teilnehmer der erweiterten Sitzung, in der es auch um vielfältige Zusammenarbeit ging

Die letzten Wochen und Monate waren auch in Krakow bewegende und nachdenkliche Zeiten, was die Auswirkungen des Terrors betrifft. Dafür sorgte die Einrichtung „Elisa". Was den Seniorenbeirat betrifft, hatte dieser einige Höhepunkte, u. a. die Bildungsreise-Landpartie zum Forstamt Sandhof. Sein Leiter Frank Zerbe informierte über die Entwicklung seit 1990. Deutlich wurde, welche modernen Herausforderungen ein Forstamt und seine Mitarbeiter heute zu bewältigen haben. 20 Beiratsmitglieder waren sehr dankbar für die Informationen. Eine erweiterte Vorstandssitzung wurde mit den Leitern bzw. Hausdamen des betreuten Wohnens, des Pflegeheims und mit Kirchenvertretern durchgeführt. Gemeinsam stellten wir fest, dass die Einrichtungen alles tun, die Betreuungs- und Pflegestandards einzuhalten. Die Einrichtungen haben eine hohe Auslastung und Wartelisten. Die Hausdamen und Kirchenvertreter begrüßten die Zusammenkunft, die Wirksamkeit sowie die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat. Nochmals bedankten sich alle Teilnehmer für den „Seniorenweg" im Wohngebiet am Rahmannsmoor.

Ein großer Höhepunkt war das Sommerfest im Pflegeheim der „AWO". Die Leiterin Dorita Genkel lud den Vorstand des Beirats ein. Auch hier spürten wir eine sehr gute Harmonie. Ein tolles Kulturprogramm sorgte für eine wunderbare Stimmung. Für die Einladung nochmals vielen Dank!

*

Nach der Sommerpause traf sich der Vorstand zu einer Sitzung, in der es u. a. um die Nachwahl eines Vorstandsmitglieds ging. Auf der Beratung beim Bürgermeister tauschten wir Informationen aus und stimmten uns über Inhalte der Arbeit ab. Themen waren u. a. die Schul- und Fischerstraße, der Stand der Vorbereitungen für die Trauerhalle, die zukünftige Entwicklung der Kleiderkammer sowie die Schaffung von Überquerungen

Jürgen Poleratzki überbrachte die Gratulation an Einrichtungsleiterin Dorita Genkel (l.) und Manja Stahl, die Pflegedienstleiterin des AWO-Seniorenpflegeheims.

an Kreuzungen für Rollstuhl- und Rollatorfahrer.

Auf der September-Tagung des Seniorenbeirats berichtete die 2. Stellvertretende Bürgermeisterin Renate Lorenz über die wirtschaftliche und touristische Entwicklung. Sieglinde Schulze informierte, welche Fortschritte es im Sprachunterricht mit Asylbewerbern gibt. Der Bundestagsabgeordnete Eckhard Rehberg lud Vorstandsmitglieder zur Besichtigung des Bundestages, des Bundeskanzleramts sowie mehrerer Sehenswürdigkeiten nach Berlin ein. Vorstandsmitglieder überbrachten zum 20-jährigen Jubiläum des AWO-Pflegeheims Blumen und Glückwünsche.

Jürgen Poleratzki
Ehrenvorsitzender des SBR

Eine andauernd erfolgreiche Geschichte

Aus Broderstorf im Landkreis Rostock teilt uns Edith Schröder mit:

Als ich vor einiger Zeit wieder in den Broderstorfer Kindergarten kam, waren die Kinder hoch erfreut und beäugten meinen mitgebrachten Korb. Schnell hatten wir die Stühlchen und Tische zusammengestellt, und schon konnte das Basteln losgehen. Wir hatten uns das Anfertigen von Arm- und Halsketten vorgenommen. Zuerst kramten die Kinder nach passendem Material eifrig in den Per-

Die Freude beim Gestalten sieht man den Kindern und der „Basteloma" an.

len- und Knopftöpfen. Dann fingen sie an zu fädeln. Die „Großen" bekamen eine Nadel. Die Armbändchen waren schnell fertig; sie wurden auf der Tischmitte abgelegt. Die Anfertigung der Halsketten dauerte länger. Ein kleines Mädchen hatte keine Lust, aber die fertigen Bändchen hatten es ihr angetan. Schnell verschwanden die kleinen Kunstwerke auf ihrem Ärmchen, der Pulli wurde drübergestreift, und auf ihrem Gesichtchen war ein Spitzbubenlä-

cheln erkennbar! Nachdem die Halsketten fertig waren, entstand großes Rätselraten nach dem Verbleib der Armkettchen. Aber die „Stiebitzmaus“ konnte es nicht für sich behalten – sie rückte alle Kettchen schnell wieder heraus. Große Erleichterung bei meinen kleinen Kettenkünstlern! Ende gut – alles gut! Das Miteinander hat wieder großen Spaß gemacht, und ich habe mich gefreut. ■

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Themenreiche Versammlung in der Inselstadt Malchow

Ende September fand die vom Seniorenbeirat Malchow organisierte Senioren-Einwohnerversammlung im Saal der Stadtwerke statt. Leider wurde sie nur von 20 Männern und Frauen besucht, obwohl in der Inselstadt, inklusive der Ortsteile, 1312 Frauen und 1007 Männer ab 60 Jahren wohnhaft sind. Insgesamt, so das Einwohnermeldeamt, sind es 5980 weibliche und männliche Einwohner, die älter als 14 Jahre sind und in Malchow leben. Wir als Veranstalter waren enttäuscht. Unsere Einladung war in den Medien und durch Aushang im Schaukasten des Seniorenbeirats sowie in einigen Geschäften angekündigt worden.

Als Vorsitzender des Seniorenbeirats informierte ich die Anwesenden darüber, dass fünf sozial-medizinische Einrichtungen, das Seniorenzentrum, die Pflegeheime auf dem Kloster und in der Mühlenstraße, die DRK- Tagespflege, die Kurzzeitpflege in der Reha-Klinik und die Tagespflege „Villa Auguste“ für die gesundheitliche und soziale Betreuung zur Verfügung stehen. Es gibt in der Inselstadt acht Arzt-, fünf Zahnarzt-, sechs Physiotherapie- und zwei podologische Praxen, zwei Heilpraktiker und zwei Augenoptiker. Zu mehreren Fachärzten müssen die Einwohner nach Waren, Röbel, Plau am

V. r. n. l.: Sarah Pickran-Riemer, Erich Rottenau, Fred Ahler und, Rene Putzar

Fotos: Rottenau

See bzw. nach Neubrandenburg oder in andere Städte fahren. Dieser Um- und Zustand ist für die älteren Frauen und Männer mit großen Anstrengungen verbunden. Sollte die Landesregierung demnächst auch noch den Südbahn-Zugverkehr zwischen Malchow und Waren einstellen, hätte das verheerende Folgen.

Mit einigen Tatsachen und Umständen ergänzte Bürgermeister Rene Putzar meine Darlegungen zur notwendigen Fachärzteansiedlung in der Kleinstadt Malchow. Polizeihauptkommissar Fred Ahlers vom Polizeirevier Röbel, Station Malchow, führte aus, dass im Vorjahr insgesamt 134 Verkehrsunfälle im Stadtbereich verursacht und in 34 Fällen die Unfallverursacher flüchtig wurden. Zahlreiche Verletzte, jedoch kein Todesfall waren zu beklagen. Er appellierte, in der dunklen Jahreszeit helle Bekleidung zu tragen, um besser erkannt zu werden. Sichere und gute Schuhe sollten in der Winterzeit vor Unfällen schützen. Die benutzten Hilfsmittel, wie Rollatoren und Rollstühle, müssen ebenso wie Fahrräder und Kraftfahrzeuge verkehrssicher sein. Er sprach außerdem die Enkeltricks, die Haustürgeschäfte, die Geldüberweisungsforderungen und die Gaunerzinkenprobleme an. Vorsicht und Misstrauen sind immer gefragt, und die Nachbarschaftshilfe ist sehr wichtig, um nicht Opfer der Gauner, Betrüger und Verbrecher zu werden. Sich an die Polizei zu wenden ist in jedem Fall ratsam und empfehlenswert.

Als zweite Gesprächspartnerin trat Sarah Pickran-Riemer von der Allianz Deutschland AG (Malchow) auf und informierte über die private Haftpflicht-, Hausrats- und Kfz-Versicherung sowie die speziellen Möglichkeiten, sich schützen zu lassen. Ihre nützlichen Darlegungen wurden dankend angenommen. Dr. Klaus Haase informierte zum Stand des Seniorenhilfsdienstes in unserer Stadt, der zwar notwendig ist, aber bisher kaum in Anspruch genommen wurde. Über zehn Helfer sind bereit, den Seniorinnen und Senioren zu helfen. *Erich Rottenau*

Festveranstaltung im „Schmetterlingshaus“

In der *Müritz-Zeitung* wurde am 13. Dezember 1996 darüber berichtet, dass sich der Kreisseniorenbeirat des Müritzkreises gebildet und eine Satzung beschlossen hat. Die Gründung des Stadtseniorenbeirats Waren erfolgte ebenfalls vor 20 Jahren. Aus diesem Anlass wurden am 1. November verdienstvolle Seniorenbeiratsmitglieder, Gäste und Freunde in das „Schmetterlingshaus“, der neuen Begegnungsstätte der Wohnungsbaugesellschaft mbH (Wogewa), eingeladen. Unter den rund 35 Teilnehmern befanden sich Bürgermeister Norbert Möller, Martin Wiechers, Geschäftsführer der

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Wogewa, Katrin Zimmermann und Rajko Skupin vom Betreuungsverein „Perspektive e.V." sowie als Vertreter des Malchower Seniorenbeirats dessen Vorsitzender Erich Rottenau.
Christine Bülow vom Vorstand eröffnete und moderierte die festliche Veranstaltung. In ihrer Ansprache würdigte Beiratsvorsitzende Irmtraut Kempe die Arbeit in den vergangenen Jahren und konnte stolz verkünden, dass die Seniorenbeiratsmitglieder den Allgemeinen Behindertenverband, die Arbeiterwohlfahrt, den Blindenverband, den ehemaligen Ortsverein BRH, den Bund der Vertriebenen, die Caritas, die Diakonie, die Beratungsstelle Klara, die Rheumaliga, die Wogewa, die WWG, das Rote Haus, das Schmetterlingshaus, den Hospizverein, den DFD, das DRK und die Volkssolidarität vertreten.

Irmtraut Kempe, Friederike Dick, Norbert Möller, Jutta Kaminsky, Helga May und Martin Wiechers (v.l.n.r) *Foto: Rottenau*

„Der Leitspruch aus meiner langen aktiven Mitarbeit in der Volkssolidarität ‚Füreinander – Miteinander' steht auch heute noch im täglichen Handeln", sagte sie. „Zwanzig Jahre Seniorenbeirat – das ist eine Lobby vorzugsweise für die Interessen der älteren Generation. Wir sind die ‚sich Kümmernden' und haben durch unsere ehrenamtliche Arbeit entscheidend zur Verbesserung der Lebensqualität beigetragen. Zahlreiche Projekte haben wir gemeinsam realisieren können und werden nicht müde, um uns auch mit anderen Problemen auseinanderzusetzen."
Irmtraut Kempe dankte allen Mitstreiterinnen und Mitstreiter, den Persönlichkeiten, dem Ex-Bürgermeister Günther Rhein und vielen Einrichtungen, Institutionen und Betrieben. Gefallen hat den Anwesenden der Auftritt der großen Marionettenrevue mit dem „Marion-Etten-Theater" in Person von Hans und Claudia Serner aus Linden bei Pritzwalk, der von der Wogewa gesponsert wurde. *ero*

Mit Polizeibeamten und Senioren nach Holland

Ende September reisten 45 ehemalige Polizeibeamte mit ihren Partnern sowie Senioren aus sieben Städten und acht Ortschaften des Einzugsbereichs der International Police Association (IPA), Verbindungsstelle Waren (Müritz), nach Holland. Wir wohnten im schönen Drei-Sterne-Hotel „Camoapelle" am Stadtrand von Gouda und wurden vom Vizepräsidenten Wim Cornelis und John Korsel des dortigen Ortsverbands der IPA empfangen. Drei Betreuerinnen und Betreuer standen uns während des Aufenthalts zur Seite. In Gouda, auch Kaasstadt (=Käsestadt) genannt, leben 71.500 Einwohner. Deshalb kosteten und kauften wir auch im Käseladen ein. Das Stadthaus ist eines der ältesten im Lande. Die St.-Johannes-Kirche ist mit 132 Metern die längste Kreuzkirche in den Niederlanden. Am zweiten Tag besuchten wir die 219 Quadratkilometer große Haupt- und Hafenstadt Amsterdam, in der über 838.300 Einwohner leben. Betreuer Bert van der Wal, ein ehemaliger Polizeibeamter, begleitete uns durch das Zentrum. Weitere Ziele waren am dritten Tag Rotterdam an der Maas (Betreuerin war Marijke Mulder) und am vierten Den Haag, die Hauptstadt der Provinz Südholland mit Parlaments- und Regierungssitz. Betreuer Jan Korsel nannte sie „Welthauptstadt der Gerichtsbarkeit". Letzte Stationen waren Scheveningen und die Flutschutzanlage Maeslant-Sperrwerk in Hoek van Holland.
Die Senioren Erich Rottenau (83), Heinz Schümann (82) sowie Lieselotte Benz und Ilse Preuß, beide 79-jährig, waren die ältesten Teilnehmer der Reise, die von Wolfgang Rottenau und Raphael Kardell vorbereitet und betreut wurde. Auch für die jüngeren Senioren waren es erlebnisreiche Tage. Während der Hin- und Rückfahrt und der Rundfahrten durch das schöne Flachland mit den zahlreichen Gewächshausanlagen wurden über 1.500 Kilometer zurückgelegt.

Erich Rottenau

Verabschiedung von John Korsel (rechts) durch Wolfgang Rottenau (links) und Raphael Kardell (Mitte)

Begrüßung durch Vize-Präsident Wim Cornelis (Mitte)

Fotos: Rottenau

HANSESTADT ROSTOCK

Noch Defizite im Umgang mit Älteren

Schon zum zweiten Mal beging der Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock gemeinsam mit dem VdK-Ortsverband Rostock am 29. September den internationalen Tag der älteren Menschen. Beide Organisatoren haben es sich zur Aufgabe gemacht, zum Bekanntheitsgrad dieses Tages (siehe auch Seite 1 des vorliegenden *Seniorenkuriers*) beizutragen und auf noch vorhandene Defizite „im Umgang mit Älteren" aufmerksam zu machen. Deshalb luden sie Vertreterinnen und Vertreter aus Seniorenvereinen, -verbänden und -organisationen, die dieses Anliegen unterstützen, ein, diesen Tag gemeinsam zu verbringen. Erika Drecoll, Vorsitzende des Seniorenbeirats, konnte zu dieser Veranstaltung den Präsidenten der Rostocker Bürgerschaft, Dr. Wolfgang Nitzsche, den Senator für Soziales, Steffen Bockhahn, sowie Landtagsabgeordnete und Bürgerschaftabgeordnete begrüßen. Der Präsident der Bürgerschaft unterstützte die Anliegen der Älteren und forderte sie auf, sich weiterhin zu Wort zu melden und sich einzubringen. Ein Video-Clip „Intelligent leben – älter werden mit Hilfe von technischen Hilfen im Alltag" stellte auf humorvolle Weise durchaus ernsthafte Situationen dar, die mit Hilfe von Technik erleichtert werden können. Bei Kaffee und Kuchen gab es Gelegenheit zu Gedankenaustausch und Diskussion. Erfreulich war, dass auch die Presse und der Sender „TV Rostock" einen Beitrag brachten.

Foto: Monika Schmidt

Erika Drecoll

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Die Bilanz des Beirats in Stralsund ist überaus positiv

Eine Bilanz für 2016 zog der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund. Grundsätzliche Ziele der ehrenamtlichen Arbeit waren, zunehmend mehr Senioren in Stralsund und im Umland zu erreichen; Senioren zu motivieren, aktiv zu werden und sich zu engagieren; Seniorengerechtigkeit in Planungen deutlich werden zu lassen; generationenverbindende Angebote zu schaffen und lebenslanges Lernen attraktiv zu machen. Die Pressearbeit wurde intensiviert und die Außendarstellung des Seniorenbeirats neu und frischer gestaltet. Diese Ziele wurden erreicht dank der engagierten ehrenamtlichen Arbeit der Mitglieder der fünf Arbeitsgruppen und des Vorstands. Zahlreiche Projekte, Präsentationen in der Stadt, Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen konnten realisiert werden. Das Ergebnis sind die ständig wachsende Besucherfrequenz und deutlich gestiegene Telefonkontakte in der Geschäftsstelle. Wesentliche Voraussetzung für den Erfolg war die Besetzung der Geschäftsstelle durchgängig mit der gleichen qualifizierten und engagierten Mitarbeiterin.

Die Arbeitsgruppe „Kultur, Sport und Freizeitgestaltung" organisierte gemeinsam mit dem Team des Zoos das „12. Fest der Generationen / 47. Zoofest" am 3. Juli – 1000 Besucher und 200 Mitwirkende waren begeistert. Ein Höhepunkt in der generationsübergreifenden Zusammenarbeit mit der Integrierten Gesamtschule Stralsund auf der Grundlage eines Kooperationsvertrags war die Fertigung der Fotoausstellung „Auf den Spuren der Baumeister zur Schwedenzeit in Stralsund". Dies ist bereits die fünfte Ausstellung zu verschiedenen Themen, die die Welterbe-AG der Schule und Senioren gemeinsam gestalteten. Zwei Lesungen im Geschichtsunterricht in den 10. Klassen der IGS zu zeitgeschichtlichen Themen (Aufarbeitung des zweiten Weltkriegs) durch ein Mitglied der Arbeitsgruppe war sehr beeindruckend und soll wiederholt werden. Unterstützung geben Mitglieder des Seniorenbeirats in der Arbeitsgruppe Theater bei Nachmittagen des kreativen Gestaltens. Sie gestalten außerdem regelmäßig Kaffeenachmittage im Pflegeheim und sind aktiv im Theaterausschuss des Theaters Vorpommern.

Die AG „Altersgerechtes und barrierefreies Bauen und Umwelt" engagierte sich verstärkt für den Bau und Umbau von Wohnraum für Senioren und Menschen mit Behinderung und arbeitete in der Arbeitsgruppe der Stadt „Barrierefreier öffentlicher Raum" intensiv mit. Befragungen von Rollstuhlfahrern in der Altstadt zu Problemen und die Weiterleitung an die zuständigen Ämter, sowie die Mitarbeit bei den Fahrplankonferenzen des ÖPNV waren weitere Schwerpunkte.

Die AG „Ordnung, Sicherheit und

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Gleichstellung“ hielt Kontakte zur Polizeidienststelle zu den Themen Sicherheit, Verkehrsordnung und Sicherheitsprobleme auf Bürgersteigen. Schwerpunkte waren Veranstaltungen zur Seniorensicherheit und Vorführungen unter dem Motto „Verkehrssicheres Fahrrad“. Straßenbegehungen zur Situation der Beleuchtung in der Stadt wurden durchgeführt.

Die AG „Soziales, Gesundheitsfürsorge, Pflege und Geriatrie“ ging zu Informationsbesuchen in Einrichtungen des betreuten Wohnens, des ambulant betreuten Wohnens (Pflege-WG) und der Tagesbetreuung. Die Mitglieder organisierten Veranstaltungen zu „Demenz und dessen Behandlungsmöglichkeiten“, zum „Wohnen im Alter mit Technik“ und zum Pflegestärkungsgesetz, außerdem präsentierten sie sich zum „Tag der Gesundheit“ in Stralsund.

Die AG „Öffentlichkeitsarbeit und Medien“ berichtete in mindestens 50 Meldungen und Artikeln in vier lokalen Zeitungen und im „Fernsehen am Strelasund“ über die Arbeit des Seniorenbeirats und luden die Medien zu zwei Pressegesprächen ein. Auch die Veröffentlichungen im Seniorenkurier sind zu nennen. Exemplare davon werden der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt. Durch die Herausgabe und den Vertrieb des Seniorenratgebers 2016, eines Infoflyers im gleichen Erscheinungsbild und durch die Neugestaltung der Ende Januar freigeschalteten Internetseite www.seniorenbeirat-stralsund.de ist eine ständige aktuelle Information möglich. die von Seniorinnen und Senioren auch intensiv genutzt wird. Die Veranstaltungsreihen „Senioren ans Netz – Mach mit!“, „Senioren – Ab an die Apps!“ und „Seniorinnen ans Lenkrad!“ übertrafen alle Erwartungen. Die Zahl der Veranstaltungen musste erhöht werden, um der Nachfrage gerecht werden zu können. Für die „Generation Beatles“ organisierte der Seniorenbeirat eine öffentliche Tanzveranstaltung im IC-Hotel in Stralsund. Die Resonanz war groß. Die 110 Eintrittskarten waren innerhalb von Stunden ausverkauft. Wichtig war den Organisatoren, ein Angebot für Seniorinnen und Senioren gegen Vereinsamung, zur Stärkung des Selbstbewusstseins und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu machen.

Die Ziele des Seniorenbeirats konnten auch in diesem Jahr erreicht werden durch die Unterstützung der Bürgerschaft und ihrem Präsidenten Peter Paul sowie durch die Stadtverwaltung mit OB Dr. Alexander Badrow. Von großer Bedeutung ist auch das eingeräumte Rederecht zu seniorenrelevanten Themen von delegierten Mitgliedern des Seniorenbeirats in den Ausschüssen der Bürgerschaft. Durch die Mitarbeit im Kreisseniorenbeirat und die Förderung von Aktivitäten durch den kommunalen Präventionsrat, durch die Ehrenamtsstiftung, durch Sponsoring der Stadtwerke Stralsund und die finanzielle Absicherung der Geschäftsstelle durch die Stadt wird die Arbeit des Seniorenbeirats erleichtert und unterstützt. Auch das Zusammenwirken mit Vereinen, Bildungsträgern und Begegnungsstätten trug zu den positiven Ergebnissen der ehrenamtlichen Arbeit in Stralsund bei.

Giesela Müller

Beiräte Greifswald und Neubrandenburg zu Gast in Stralsund

„Aus Erfahrungen Anderer lernen“ – unter diesem Motto traf sich der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund im September mit Vertretern des Greifswalder und im Oktober mit Mitgliedern des Neubrandenburger Seniorenbeirats. Vorsitzender Dr. Georg Weckbach begrüßte die Gäste, erläuterte die Strukturen des Seniorenbeirats, die Aufgaben und die Arbeitsweise der fünf Arbeitsgruppen und berichtete über Projekte und die Öffentlichkeitsarbeit. Er gab Auskunft über das Zusammenwirken mit der Bürgerschaft und dem Präsidenten Peter Paul, mit Oberbürgermeister Dr. Alexander Badrow und der Stadtverwaltung. Die Greifswalder berichteten über eine ähnliche Struktur und

Mitglieder des Seniorenbeirats Neubrandenburg in der Geschäftsstelle des SB Stralsund

Mitgliederzahl, allerdings mit einem hohen Altersdurchschnitt. Für die nächste Wahlperiode müsse das Interesse bei jüngeren Senioren angefacht werden, um auch die aktiven Senioren vertreten zu können. Zur Diskussion standen bei diesem Treffen allgemeine Themen wie Prävention, z. B. durch Sport, sozialer Wohnungsbau und Altersarmut, aber auch Lokales wie die Herausgabe von Seniorenratgebern und eine mögliche Zusammenarbeit der Arbeitsgruppen in beiden Städten.

Der Neubrandenburger Seniorenbeirat war mit vier Mitgliedern unter Leitung des Vorsitzenden Peter Lundershausen angereist. Der Seniorenbeirat Neubrandenburg gründete sich 1994. Das Gründungsmitglied Günter Schult, ein ehemaliger Stralsunder, war ebenfalls dabei. 1995 wurde die Satzung von der Bürgerschaft anerkannt, 2015 überarbeitet. Seit 2010 ist der Seniorenbeirat in der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg verankert. Bei

dem Besuch wurden die Rahmenbedingungen der Seniorenbeiräte erläutert und dabei festgestellt, dass die Finanzierung in Deutschland nicht einheitlich geregelt ist.
Zu einzelnen Themen ergab sich folgendes Fazit: Die Ergebnisse der Enquetekommission und die Beschlüsse der Altenparlamente sollten verfolgt werden. Der Landesseniorenbeirat MV muss die Zusammenarbeit mit den Kreisseniorenbeiräten nutzen, um gemeinsame Forderungen bei der Landesregierung und auf kommunaler Ebene durchzusetzen. Angebote für Senioren in den Städten auf dem Gebiet der Bildung und Kultur sollten besser koordiniert werden, um Doppelungen zu vermeiden. Die generationenverbindenden Projekte auf kommunaler Ebene sind wichtig. Die Stralsunder berichteten über die Zusammenarbeit mit der Integrierten Gesamtschule Grünthal auf der Grundlage eines Kooperationsvertrags. Ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion war der Nachholbedarf der Gesundheitsprävention im Land. Die Gäste aus Greifwald und Neubrandenburg und die Vertreter des Seniorenbeirats Stralsund waren der Meinung, dass diese Zusammenkünfte auch in Zukunft stattfinden sollten.

Mitglieder der Seniorenbeiräte Stralsund und Greifswald

Giesela Müller

Shantychor und Plattdänzer beim Seniorentag

Er war ein sonniger Tag, der 1. Oktober im Sassnitzer Stadthafen, wo die Stadt ein besonderes Fest, den Sassnitzer Seniorentag, vorbereitet hatte. Es kamen Vertreter der Seniorenbeiräte Rügen, Vorpommern-Rügen und Sassnitz und viele Akteure, unterstützt durch die „Stiftung für das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement". Gabriele Thiele, 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters, begrüßte die Gäste.
Der Internationale Tag der älteren Menschen, auch Tag der Senioren oder Weltseniorentag genannt, wurde im Dezember 1990 durch die UNO initiiert, um die Leistungen der Älteren und den Gewinn, den sie für das gesellschaftliche Zusammenleben darstellen, zu würdigen. Jedes Jahr wird seit dem 1. Oktober 1991 dieses Datum als Seniorentag begangen – diesmal auch zum ersten Mal in Sassnitz.
Ein reiches Kulturprogramm mit Musik, Tanz und Vorführungen bestimmte den geselligen Tag bis es am Nachmittag langsam begann zu regnen. Der Dank der Veranstalter und Organisatoren geht an die Feuerwehr Sassnitz, das DRK Stralsund-Rügen, die Wasserschutzinspektion Sassnitz, die Landespolizei Stralsund, an den Verein „Königslinie", den Förderverein Fischerei- und Hafenmuseum, an Hafen-Café Peters, das Fischereischutzboot „Seeadler", den Seenotkreuzer „Harro Koebke" und nicht zuletzt an die Kulturszene mit dem Shantychor Sassnitz, den Jasmunder Plattdänzern, Klaus Schütt mit seinem neuen Buch „Landei bekommt Seebeine" und die Live-

Gabriele Thiele, 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters, begrüßte die Gäste inmitten der Shantymen des Shantychores Sassnitz.

Immer wieder ein Erlebnis: Die Jasmunder Plattdänzer unter Leitung von Heike Grawwert begeisterten die Gäste.

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

musik mit Karl-Heinz Eckelt vom 1. Rügener Schlagerchor aus Bergen sowie an Wetter-Werner von Antenne MV. Ein Dank geht aber auch an die Seniorinnen und Senioren, denn ohne sie wäre gerade im Ehrenamt hier und dort ein großes Loch, das so einfach nicht zu stopfen wäre.

Ein Höhepunkt des Tages war am Abend im Atrium der Beruflichen Schule Sassnitz ein Konzert mit dem Sinfonieorchester Trelleborg. Es feiert in diesem Jahr sein 70-jähriges Bestehen.

Text und Fotos: Andreas Pfaffe. Mitglied SB Sassnitz und SV Rügen e.V.

Überall waren Bänke und auch Tische aufgebaut, so dass man genüsslich dem Programm des Seniorentages folgen konnte.

Was wollen Prerows Senioren?

Vor 40 interessierten Seniorinnen und Senioren präsentierte Elfi Witt vom Seniorenbeirat Ostseebad Prerow die Ergebnisse der Befragung zum Thema „Leben im Alter." Bürgermeister Rene Roloff hatte auf Wunsch des Seniorenbeirats zu einer Einwohnerversammlung eingeladen. Im Sommer hatte der Seniorenbeirat 542 Fragebögen an die über 60-Jährigen des Ortes ausgeteilt. Mit dem Rücklauf von fast 40 Prozent zeigte sich der Beirat sehr zufrieden. Im Versammlungssaal des Kulturkatens lauschten die Zuhörer gespannt den Ausführungen. Das Wohnen im Alter und die Mobilität beschäftigen die Senioren am meisten. Allerdings geht aus den Antworten hervor, dass nicht immer bekannt ist, was sich hinter den Begriffen Pflegeheim, Betreutes Wohnen und Pflegewohngruppen verbirgt. Daher hatte der Seniorenbeirat zwei Vertreterinnen des Pflegestützpunkts Stralsund eingeladen, die im zweiten Teil der Veranstaltung die Aufgaben des Pflegestützpunkts vorstellten und erklärten, was sich hinter den genannten Wohnformen verbirgt. Natürlich erhielten die Zuhörer Gelegenheit, Fragen zu stellen. Über 80 Prozent der Befragten wollen, so lange es geht, zu Hause wohnen bleiben. Nur wenn es keinen anderen Weg gibt, wird an einen Umzug in eine Seniorenwohnanlage oder in ein Pflegeheim gedacht. Aber auch die, die dazu bereit wären, wollen im Ort bleiben. Sie wollen die gewohnte Umgebung und ihre sozialen Kontakte nicht aufgeben. Gerade die Frage nach den Themen, die die Senioren in Prerow am stärksten beschäftigen, ergibt für den Seniorenbeirat eine gute Arbeitsgrundlage. Die Senioren des Ostseebades werden sicherlich aufmerksam die Umsetzung ihrer Wünsche beobachten. *Elfi Witt*

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Einladung zur Debatte im Bundestag

Am 29.September fuhren 21 Senioren aus Schwerin zu einem Besuch nach Berlin. Eingeladen hatte die Familienministerin Manuela Schwesig. Die Fahrt begann morgens um acht Uhr. Mit dem Zug ging es bis zum Berliner Hauptbahnhof. Im Bundestag wurden wir von dem Abgeordneten Frank Junge empfangen. Leider musste der Termin mit der Familienministerin ausfallen, da andere Termine wichtiger waren. Unter anderem wurde der Bundestag besucht. Hier wurden wir Zeuge der Debatte über Digitalisierung auf kommunaler Ebene. Das Thema schien wohl so wichtig, dass nur etwa 30 (!) Abgeordnete anwesend waren. Vereinzelt schlenderten noch weitere Abgeordnete in den Plenarsaal. Mehr als 100 Besucher erlebten so Politik „live".

Trotz allem war der Besuch im Bundestag ein sehr interessanter, auf jeden Fall eindrucksvoller Besuch. Die anschließende Diskussion mit Frank Junge war sehr erfreulich und es wurde ein weiterer Besuch vereinbart.

Insgesamt kann gesagt werden: „Berlin ist eine Reise wert."

Walter Heinrich
Vorstandsmitglied des Seniorenbeirats

Quiz der Barriere-Detektive an der Schule

Angelika Stoof, die Vorsitzende des Behindertenbeirats Schwerin, eröffnete mit Grußworten im Oktober in der Astrid-Lindgren-Schule in Neu Zippendorf ein Quiz der Barriere-Detektive. Es folgte eine kurze Ansprache von Marion Kühne, der stellvertretenden Schulleiterin. Mit einer Vielzahl von Aktionen machte der Blinden- und Sehbehindertenverband auf die Bedeutung guten Sehvermögens, auf die Ursachen vermeidbarer Erblindung sowie auf die Situation blinder und sehbehinderter Menschen aufmerksam.

Wir, das Kompetenzzentrum für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen, Gebietsgruppe Schwerin des Blinden- und Sehbehindertenvereins M-V e.V., die „Wohnberatung – Wohnen ohne Barrieren!“ der Kreishandwerkerschaft Schwerin, sowie das Sanitätshaus Kowsky, haben diesen Aktionstag durchgeführt. Es wurden verschiedene Sportarten gezeigt, die auch von blinden und sehbehinderten Menschen betrieben werden können. Die Schüler und Schülerinnen der vierten Klassen erhielten die Möglichkeit, diese Sportarten mit Simulationsbrillen auszuprobieren. Die „Wohnberatung“ der Kreishandwerkerschaft Schwerin führte in den Klassenräumen gemeinsam mit den Lehrerinnen ein Wissensquiz durch, an dem sich auch Matthias Crone, der Bürgerbeauftragte der Stadt Schwerin, beteiligte. Die vierten Klassen absolvierten mit Bravour das große Quiz der Barriere-Detektive. Sie zeigten ihr cleveres Köpfchen, geübt im Schnüffeln, Kombinieren und Verfolgen, und erhielten am Ende des Tages eine Urkunde. Gemeinsam ging es mit einem Blindenstock und Augenklappen durch das Schulhaus, wo die Kinder sich gegenseitig führten und alle gesund und munter im Klassenzimmer ankamen. Die Kinder waren ebenso begeistert wie die Organisatoren.

Interessierte Schulen können uns gern ansprechen, um diesen„Tag des Sehens“ an ihrer Schule anzubieten. Infos: Kreishandwerkerschaft Schwerin, Wohnberatung, Ellerried 1, 19061 Schwerin, www.kreishandwerkerschaft-schwerin.de, E-Mail: k.fehlandt@kreishandwerkerschaft-schwerin.de ■

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Kreisseniorenbeirat im „Generationen-Dialog“

Es ist ein beeindruckendes Angebot im Parchimer Jugend- und Freizeitzentrum „Club am Südring“, wo jüngere und ältere Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Tageszeiten und Veranstaltungen zusammenkommen. Dies war kürzlich für die Mitglieder des Kreisseniorenbeirats Anlass, sich dort zu treffen und Ideen auszutauschen sowie die Motivation für die eigene Arbeit weiterzuentwickeln. Unterstützung gab es durch die Koordinatorin des Seniorenbeirats des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Anett Nuklies, sowie den ehrenamtlichen Helfern vor Ort.

Gastgeberin des informativen Nachmittags war Karin Gruhlke. Als Vorsitzende des landesweiten Netzwerks für freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern e. V. und ehrenamtliche Leiterin des Freizeit- und Familienzentrums gab sie in einem fesselnden Bildervortrag Auskunft über die Entstehung des Clubs von 1991 bis heute.

Ilona Mundt-Schalk, Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats, begrüßt die Teilnehmer.

Die aktive Einbeziehung von jungen Leuten in den Aufbau und den Betrieb des Hauses war ein Credo von Beginn an. So wurden und werden durch eigenes Engagement persönliche Werte geschaffen, Regeln des gemeinsamen Miteinanders geprägt und, wie bewiesen, Erfolge für alle errungen. Dies spiegelt sich zum Beispiel in der dreifachen Bundespreisträgerschaft wider.

Bereits für die Kleinsten gibt es gelebte Kooperationen, beispielsweise mit Kitas. Dies setzt sich über gemeinsame Aktivitäten im Schulalltag fort und endet irgendwann in verschie-

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

denen Spiel-, Sport- und Freizeitaktivitäten im höheren Alter. Dabei werden die unterschiedlichsten Themen berührt: Natur und Umwelt, das Wandern, kreatives Gestalten mit Keramik und Ton, Videos und vielem anderen. Es gibt gemeinsame Ideen mit der Feuerwehr, und häufig ist auch der Bürgermeister mit an Bord.

Gern und oft gesehen ist als weiterer kompetenter Partner der Kreisjugendring des Landkreises. Es werden Ideen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert, ausgelotet, arrangiert, um die Angebote attraktiv und zeitgemäß vorhalten zu können. Ausschlaggebend sind die Wünsche, Ideen sowie Erfahrungen aller Altersgruppen.

Die jungen Besucher aus den Anfangszeiten der Freizeiteinrichtung kommen heute bereits mit ihren eigenen Kindern. „Da haben wir doch wohl einiges richtig gemacht", so das Fazit von Karin Gruhlke am Ende ihrer Ausführungen. Dem konnten die Mitglieder des Kreisseniorenbeirats nur zustimmen und bedankten sich herzlich für ihr Engagement. Das Thema „Generationendialog" liegt Frau Gruhlke sehr am Herzen, wovon auch die Einladungen zu Fachtagungen und Kongressen, von denen sie berichten konnte, zeugen.

Wer sich Anregungen für die eigene ehrenamtliche Arbeit oder auch für einen Neubeginn des Miteinanders holen möchte, dem sei ein Besuch der Parchimer Einrichtung empfohlen, denn Erfahrungen auszutauschen, ist immer eine Quelle des Erfolgs.

Bernd Thieke /Anett Nuklies
Foto: Ralf Wöhnl

Seniorensicherheitsberater war zu Gast

Innerhalb der Landesseniorentage berichtete in Mestlin der 65-jährige Schweriner Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch aus seiner langjährigen Erfahrung im Polizeidienst und Landeskriminalamt. Aus seiner 43 Jahre langen Tätigkeit „weiß der Pensionär nur zu genau, wie clever, wandelbar, rhetorisch geschickt und psychologisch perfide Betrüger zu Werke gehen", schreibt die *Schweriner Volkszeitung / Parchimer Zeitung*. Mehr als 60 Interessierte aus Mestlin, Vimfow, Dobbertin und Dabel waren gekommen. Die Idee für die informationsreiche Veranstaltung hatte Astrid Schultze, die seit 1982 in Mestlin lebt und seit 2009 dem Seniorenbeirat des Amts Goldberg-Mildenitz angehört. ■

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Zwei Senioren im Kreisjugendring

Zur Stärkung der Beteiligung junger Menschen an der „Partnerschaft für Demokratie" hat der Kreisjugendring Nordwestmecklenburg zwei Mitglieder des Seniorenbeirats der Hansestadt Wismar mit ins Boot geholt. Bei vielen Themen drückt der Schuh bei den älteren Bürgern genauso wie bei den Jugendlichen, speziell beim neuen ÖPNV.

In Nordwestmecklenburg wurden regionale Jugendforen in Bad Kleinen, Gadebusch, Grevesmühlen und Warin durchgeführt. Dazu führten Beate Wahlandt und Karin Lechner vom Wismarer Seniorenbeirat vor Ort viele persönliche Gespräche mit Jugendlichen. Wichtig ist es, an Ideen für konkrete Projekte gemeinsam zu arbeiten. Jugendliche hatten zum Beispiel die Idee, Graffiti auch mit älteren Bürgern als Projekt durchzuführen.

Senioren möchten gemeinsam mit jungen Menschen Hochbeete bauen, um diese in Pflegeheimen anzusiedeln. Für die Bepflanzung werden wir mit Kleingärtnern sprechen, uns Pflanzen zur Verfügung zu stellen, die sonst auf dem Kompost enden würden. 28 Projekte von 31 wurden bereits in die engere Wahl gezogen. Auf der Demokratiekonferenz am 16. Dezember werden Projekte vorgestellt, die 2016 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben in NWM" gefördert wurden. *kl*

Aufklärungstour über Schlaganfall und Diabetes

In Wismar machte im September der rote „London-Bus" Station. Innerhalb der deutschlandweiten Aufklärungstour „Herzenssache Lebenszeit – Schlaganfall und Diabetes" informierten Experten über potenzielle Ursachen und die Möglichkeit gezielter Vorsorge. Allein in unserem Bundesland mussten im vergangenen Jahr 2500 bei der AOK Versicherte nach einem Schlaganfall stationär behandelt werden. Laut Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe erleiden bundesweit jedes Jahr rund 270 000 Menschen einen Schlaganfall. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Steuern gelten auch für Senioren

Vor kurzem fand im Mehrgenerationenhaus Torgelow in der Blumenthaler Straße 18, Träger ist der Volkssolidarität Uecker-Randow e. V., der dritte öffentliche Gesprächskreis zum Thema „Steuerberatung für Senioren" statt. Unter den über 30 Teilnehmern waren nicht nur Rentnerinnen und Rentner, die sich für das Thema interessierten, sondern auch jüngere Besucher, die ihre Fragen mitbrachten. Der Steuerberater Torsten Tams von der ETS SFS GmbH Steuerberatung Neubrandenburg erläuterte aktuelle Fragen, warum es wichtig sei, sich auch als Seniorin oder Senior über eine eventuell zu entrichtende Steuer zu informieren.

Die Teilnehmer folgten den Ausführungen mit großem Interesse.

Anhand von Praxisbeispielen konnten die Teilnehmer bereits erkennen, dass eine zu entrichtende Steuer, auch bei Rentnern, vom Finanzamt nicht „vergessen" wird, sondern noch nach Jahren eingefordert werden kann. Zum Beispiel kann in diesem Jahr bis zum 31. Dezember noch eine Steuererklärung von 2009 verlangt werden.

Auf Wunsch bekam jeder Teilnehmer einen neutralen „SteuerCheck für Senioren für das Jahr 2016" ausgehändigt, so dass die eigene Steuer vorab ermittelt werden konnte. Trotzdem kann natürlich jeder Rentner und jede Rentnerin einen kompetenten Steuerberater um Rat und Hilfe bitten. Antworten gab es auch auf Fragen zur Berechnung der Vorsorgeaufwendungen, zur Günstigerprüfung oder zu „außergewöhnlichen Belastungen".

Regina Levenhagen
Mehrgenerationenhaus Torgelow

Neuer Wegweiser für Senioren erschienen

„So vielfältig die Berührungspunkte generationsverbindend und -übergreifend sind, so übereinstimmend dürfte der Wunsch sein, aktiv und fit älter zu werden." Das betont Birgit Socher, die Präsidentin der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in ihrem Vorwort zum kürzlich erschienenen Wegweiser für Senioren und Bürger mit Beeinträchtigungen. Auf 36 Seiten sind Anschriften und Hinweise zu den in der Stadt vorhandenen Senioreneinrichtungen zusammengestellt. Ausführlich vorgestellt werden der 1995 erstmals gewählte Seniorenbeirat – viermal im Jahr führt er seine Sitzungen durch –, das Seniorenbüro als Anlauf- und Informationsstelle sowie der Pflegestützpunkt. Der Kultur und Bildung sowie dem Sport sind weitere Abschnitte im Wegweiser gewidmet, ebenso den Treffpunkten Behindertenforum Greifswald e. V. im „Haus der Begegnung" und Mehrgenerationenhaus „Bürgerhafen". Selbstbestimmtes Wohnen und Leben wird im Komplex dargestellt, und breiten Raum nimmt das umfangreiche Gesetzeswerk mit Regelungen besonders in der Pflege und Vorsorge ein. ■

Demenz-Neuerkrankungen sind zurückgegangen

Internationale Studien, die seit 1948 geführt werden, haben erbracht: Seit den frühen siebziger Jahren ist die Rate der Neuerkrankungen an Demenz zurückgegangen. Gleichzeitig stieg bei der Diagnose das durchschnittliche Alter von 80 auf 85 Jahre. Außerdem zeigte es sich, dass körperlich aktive Senioren ein geringeres Risiko für Demenz haben. Am stärksten ist der Effekt in der Altersgruppe 75 plus. ■

Treppen sind die größte Barriere

Für mobilitätseingeschränkte Menschen stellen Treppen die größte Barriere dar. Im Verkehrswesen hat deshalb der Bau von Aufzügen und Rampen an Bahnhöfen Vorrang. In Deutschland können bereits an 73 Prozent aller 5400 Personenbahnhöfe Reisende ohne Stufen den Bahnsteig erreichen. Fast alle großen Bahnhöfe sind in den vergangenen Jahren umfassend modernisiert worden. Die Deutsche Bahn baut pro Jahr rund 100 Bahnhöfe barrierefrei aus. ■

Siebter Altenbericht im Bundeskabinett

Manuela Schwesig: „Die Qualität des Lebens im Alter entscheidet sich vor Ort“

Jeder vierte Mensch in Deutschland gehört zur Generation 60plus, im Jahr 2050 wird es bereits jeder Dritte sein. Kürzlich beschloss das Bundeskabinett seine Stellungnahme zum Siebten Altenbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. Im Mittelpunkt des Berichts steht die Frage, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben und gesellschaftliche Teilhabe im Alter möglich sind. Es geht um Themen der kommunalen Verantwortung für die Daseinsvorsorge, der lokalen Hilfestrukturen, der Gesundheitsversorgung und der Pflege sowie um das Wohnen im Alter. Hinzu kommen Ungleichheiten in der alternden Gesellschaft und regionale Unterschiede der Lebenssituationen älterer Menschen.

„Ich sehe in der Vielzahl von Anregungen und Empfehlungen wegweisende Impulse für die zukünftige seniorenpolitische Arbeit auf allen Verantwortungsebenen“, erklärte Bundesseniorenministerin Manuela Schwesig. „Die Infrastruktur und die sozialen Netzwerke vor Ort sind ein entscheidender Faktor für die Qualität des Lebens im Alter. Mit den Mehrgenerationenhäusern, den lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz oder mit der Förderung der Menschen zum bürgerschaftlichen Engagement unterstützen und stärken wir die Kommunen, denn es ist von zentraler Bedeutung, dass diese in der Lage sind, ihrer Verantwortung für die regionale Daseinsvorsorge nachzukommen und älteren Menschen eine angemessene Infrastruktur zu bieten.“ Gerade wegen sehr unterschiedlicher Entwicklungen in den Kommunen bestehe besonderer Handlungsbedarf.

Die interdisziplinär zusammengesetzte Siebte Altenberichtskommission unter der Leitung von Prof. Andreas Kruse hatte den Auftrag, Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Seniorenpolitik in den Kommunen zu erarbeiten. Hilfreich dazu waren diese Hintergrundinformationen:

Zwischen 1990 und 2014 hat sich die Zahl der Menschen ab 65 Jahren bundesweit um rund 5,2 Millionen auf 17,1 Millionen. erhöht. Das entspricht einem Anstieg von 43 Prozent. Die Gesamtbevölkerung wuchs dagegen im gleichen Zeitraum nur um 1,8 Prozent. Waren 2014 noch 27 Prozent mindestens 60 Jahre alt (etwa 22 von insgesamt rund 81 Millionen), werden es 2030 voraussichtlich 35 Prozent (rund 28 Millionen) sein. Auch danach wird der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung weiter wachsen: 2050 werden es voraussichtlich 38 Prozent jenseits der 60 sein. 2014 lebten gut 4,5 Millionen Menschen in Deutschland, die 80 Jahre und älter waren. Ihre Zahl wird in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich steigen und 2050 etwa 9,9 Millionen betragen. 85 Prozent der Menschen ab 85 Jahren leben heute noch im eigenen Haushalt. ■

„Haltelinie“ bleibt auf Dauer unzureichend

Volkssolidarität: Drei-Säulen-Modell in der Rente hat weitgehend versagt

Die gesetzliche Rente soll neu darauf ausgerichtet werden, dass diese wieder den Lebensstandard im Alter sichert. Das fordert der Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität, wie Verbandspräsident Dr. Wolfram Friedersdorff in Berlin erklärte. „Dazu gehört als erster Schritt, die bislang ungebremst weiter laufende Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rente zu stoppen.“ Gleichzeitig stellte der Verband die neuen „Rentenpolitischen Leitlinien der Volkssolidarität“ vor.

Friedersdorff bezeichnete die von Bundessozialministerin Andrea Nahles als notwendig bezeichnete „Haltelinie“ beim Niveau der gesetzlichen Rente als „durchaus richtigen Ansatz“. Dieser bleibe aber auf Dauer unzureichend. „Die Volkssolidarität fordert daher als zweiten Schritt, mittelfristig wieder zu einem Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bei 50 Prozent zurückzukehren.“ Eine „Mindest-Haltelinie“ bei mindestens 50 Prozent sei „dringend erforderlich, wenn das Niveau der gesetzlichen Rente nicht weiter in Richtung Grundsicherung absinken soll.“ Die gegenwärtige Entwicklung würde die Gefahr von Altersarmut für künftige Generationen verstärken.

Der Verbandspräsident warnte: „Diese Entwicklung bedroht die Akzeptanz der gesetzlichen Renten als soziale Pflichtversicherung. Wenn auch die Jungen nicht mehr sicher sein können, dass sie mit den eigenen Beiträgen eine zuverlässige Absicherung für das Alter erreichen können, wird der Generationenvertrag zu Fall gebracht.“ Die Volkssolidarität fordere längerfristig ein Rentenniveau von 53 Prozent, „wenn die gesetzliche Rente dauerhaft attraktiv sein soll“, so der Verbandspräsident. Das Drei-Säulen-Modell aus gesetzlicher Rente sowie betrieblicher und privater Vorsorge habe weitgehend versagt. Die Volkssolidarität setze sich außerdem für eine bessere soziale Absicherung bei Erwerbsminderung ein, ebenso für „Regelungen, die zumindest teilweise die Gefahr von Altersarmut von Niedrigverdienern abfangen“. ■

Ungleichbehandlung bei der Kindererziehung

Große Resonanz bei der Forderung nach einer gerechten Mütterrente in Ost und West

Nahezu 110.000 Unterschriften haben Vertreterinnen der Unterschriftenaktion „Für eine gerechte Mütterrente“ an Iris Gleicke, die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, übergeben. Adressatin der Aktion ist Bundeskanzlerin Angela Merkel. Gleicke, die auch Parlamentarische Staatssekretärin bei Sigmar Gabriel ist, versprach, die Unterschriften an die Bundeskanzlerin weiterzuleiten. Die Aktion geht auf eine gemeinsame Initiative von Sozialverband Deutschland (SoVD), Volkssolidarität, Deutschem Frauenrat und der Gewerkschaft ver.di zurück. Das Bündnis fordert, die Ungleichbehandlung bei den Kindererziehungszeiten in Ost und West zu beenden. Zudem sollen Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, nicht länger bei der Rente benachteiligt werden. Eine weitere Forderung ist, die Mütterrente nicht länger aus der Rentenkasse zu finanzieren. Aus Sicht des Bündnisses sei es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine gerechte Mütterrente zu gewährleisten.

Iris Gleicke machte bei der Entgegennahme der Unterschriften deutlich, dass die Ungleichbehandlung von Ost und West nur im Rahmen der mit CDU und CSU im Koalitionsvertrag vereinbarten Rentenangleichung beseitigt werden könne.

Das Bündnis „Für eine gerechte Mütterrente!“ wurde im Oktober 2015 von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Frauenorganisationen gestartet, um die Fraueninitiative „Gleiche Mütterrente in Ost und West“ fortzuführen. ■

Transparenz gerade in schwierigen Zeiten

Europäischer Gedankenaustausch zur Nachhaltigkeit von Rentensystemen

Zu einem Gespräch über kapitalgedeckte Rentensysteme empfing Staatssekretärin Yasmin Fahimi den Präsidenten der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA), Gabriel Bernardino, im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Dabei ging es um die Nachhaltigkeit von kapitalgedeckten Rentensystemen, wie sie in der betrieblichen und privaten Altersvorsorge üblich sind.

In einer Stellungnahme hatte sich EIOPA vor kurzem für einen gemeinsamen europäischen Rahmen für die Risikobewertung und Transparenz von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung ausgesprochen. Transparenz, erläuterte Bernardino, seien gerade in schwierigen Zeiten niedriger Zinsen das Gebot der Stunde. Staatssekretärin Fahimi informierte den Gast über den von Bundesministerin Andrea Nahles initiierten „Dialog Alterssicherung“, in dem gegenwärtig auf nationaler Ebene Bewertungen und Einschätzungen zur Zukunft der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorge diskutiert werden. ■

„Zwangsverrentung“ wird abgeschafft

Flexiblere Übergänge gelten ab 1. Januar 2017 für alle Rentenanträge

Jobcenter sollen nicht mehr auf vorgezogene Altersrente verweisen, wenn Bedürftigkeit droht. Das Bundeskabinett hat die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Erste Verordnung zur Änderung der Unbilligkeitsverordnung zur Kenntnis genommen. Mit dieser Anpassung wird ein Vorschlag der Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen „Flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand“ umgesetzt. Bundesministerin Andrea Nahles erklärte dazu:

„Flexiblere Übergänge sind Kernelement der Rente der Zukunft. Heute gehen wir einen historischen Schritt voran: Weiterarbeiten über die Regelarbeitsgrenze hinaus wird sich deutlich mehr lohnen, und das Teilrentenrecht wird deutlich vereinfacht. Die (sogenannte) Zwangsverrentung schaffen wir ab. Entscheidend ist: Die Flexibilität der Rente muss es nach hinten und nach vorn geben, also für die, die länger arbeiten können und wollen, und für die, die zum Ende ihres Arbeitslebens einfach nicht mehr können. Selbstbestimmte, individuelle Flexibilität schafft mehr soziale Gerechtigkeit.“

Künftig muss eine Altersrente nur noch dann vorzeitig beantragt werden, wenn sie trotz dieser vorzeitigen Inanspruchnahme und der damit verbundenen Abschläge bedarfsdeckend ist. Sie muss dagegen nicht mehr vorzeitig in Anspruch genommen werden, wenn die Höhe dieser Rente zum (ergänzenden) Bezug von Leistungen der Grundsicherung im Alter führen würde.

Die Verordnung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrats. Sie tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. ■

5. Armuts- und Reichtumsbericht in Vorbereitung

Verabschiedung im Bundeskabinett wird für das Frühjahr 2017 erwartet

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die erste Ressortabstimmung zum Entwurf des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts eingeleitet. Damit wurde die notwendige Voraussetzung geschaffen, um den Auftrag des Bundestags zu erfüllen, in jeder Legislaturperiode auf empirischer Grundlage über die soziale Lage in Deutschland zu berichten. Vorgesehen sind eine Fokussierung auf das jüngere und mittlere Erwachsenenalter sowie eine Erweiterung um drei Schwerpunktthemen vorgesehen: Auswirkungen atypischer Beschäftigungsformen auf die berufliche Entwicklung und Erwerbseinkommen im Lebensverlauf; Relevanz sozialräumlicher Segregation (Bedeutung und Wichtigkeit der Trennung nach religiösen oder rassischen Gesichtspunkten) sowie Entstehung und Verwendung privaten Reichtums. „Transparenz war mir bei der Erarbeitung des Armuts- und Reichtumsberichtes ein besonderes Anliegen“, kommentierte Bundesarbeits- und -Sozialministerin Andrea Nahles. „Deshalb haben wir den Erstellungsprozess auf einer eigenen Internetseite ausführlich dokumentiert.“

Inzwischen ist ein intensiver Meinungsaustausch mit bisher drei Symposien in Gang gekommen, an denen jeweils rund 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Verbänden und Sozialpartnern teilnahmen. Das vierte und letzte Symposium findet am 10. Januar 2017 statt. Das vierte und letzte Symposium findet am 10. Januar 2017 statt. Im Anschluss daran folgt eine zweite Ressortabstimmung zur Endfassung des Berichts, bevor dieser voraussichtlich im kommenden Frühjahr vom Bundeskabinett beschlossen werden kann.

Das im Zusammenhang mit dem 5. Armuts- und Reichtumsbericht überarbeitete Indikatorentableau soll auch zukünftig fortwährend überprüft, weiterentwickelt und aktualisiert werden. Die Indikatoren sind in drei Themenbereiche gegliedert. Als Ergebnis der Anregungen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden mehr Differenzierungsmerkmale verwendet als bisher, sofern dazu entsprechende Daten vorliegen. Die Indikatoren beschreiben den Zeitraum von 1995 bis 2005 in Fünf-Jahres-Schritten und danach bis zum aktuellen Stand jährlich. ■

Sie sind Botschafterinnen und Botschafter 2016

Vier Frauen und Männer werben für das bürgerschaftliche Engagement

Die Engagement-Botschafterinnen und -Botschafter 2016 sind bis zum Jahresende Heike-Melba Fendl, Götz Peter Kaiser, Maxi Kluttig und Tjorven Reisener. Zum Teil waren sie bereits Trägerinnen oder Träger des Deutschen Engagementpreises; ein Jahr lang hatten sie mit ihrem vorbildlichen Einsatz für Engagement und Ehrenamt geworben. Götz Peter Kaiser ist Architekt in Berlin. Seit November 2015 bildet er in seinem Büro den jungen Eritreer Nesredin Osman zum Bauzeichner aus. Tjorven Reisener hat im März 2014 den Flensburger Verein „Villekula“ gegründet, um durch praxisnahe Gesundheitsbildung die Zahl übergewichtiger Kinder und Jugendlicher in Deutschland zu verringern. Heike-Melba Fendl hat das Berliner Bündnis „Wir machen das“ gegründet, dessen Mitglieder sich dafür einsetzen, der „Herausforderung weltweiter Migration mit Menschlichkeit und Sachverstand zu begegnen“. Und Maxi Kluttig von der Initiative „Deutsch Asyl Migration Flucht“ aus Dresden unterrichtet Geflüchtete aus Afghanistan in einem Alphabetisierungskurs.

„Über 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Deutschland auf vielfältige Art und Weise. Die Engagement-Botschafterinnen und -Botschafter repräsentieren das großartige bundesweite Engagement und geben ihm damit ein Gesicht. Ihr beherzter Einsatz ist Vorbild und Ansporn zugleich und verdient unsere höchste Anerkennung“, erklärte dazu die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner. ■

Jeder von uns steht im Leben vor schweren Entscheidungen.
Wie wir mit ihnen umgehen, das macht uns zu den Menschen, die wir sind.

Hillary Clinton, 2009 bis 2013 Außenministerin der USA, unterlag im Wahlkampf Donald Trump

Erläuterungen künftig auch in Leichter Sprache

Bundesministerin Andrea Nahles eröffnete die Bundesfachstelle Barrierefreiheit

Gemeinsam mit Edeltraud Glänzer, der Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS), eröffnete vor kurzem die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, die organisatorisch bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See angesiedelte Bundesfachstelle Barrierefreiheit. Sie berät und unterstützt die Behörden und Verwaltungen bei der Umsetzung der Barrierefreiheit, angefangen vom baulichen Zugang bis hin zur barrierefreien Information und Kommunikation. Zur Seite steht ein Expertenkreis, dem mehrheitlich Vertreterinnen und Vertreter der Verbände von Menschen mit Behinderungen angehören.

Novelliert worden ist das seit 2002 geltende Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts. Es wurde unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt und an gesellschaftliche und technische Entwicklungen angepasst. Zu den Schwerpunkten zählen die Anpassung des Behinderungsbegriffs sowie Verbesserungen der Barrierefreiheit innerhalb der Bundesverwaltung in den Bereichen Bauen und Informationstechnik. Außerdem sollen die Bundesbehörden künftig vermehrt Informationen in Leichter Sprache bereitstellen und ab 2018 auch Bescheide so erläutern. ■

Einstufung erfolgt automatisch

Die neuen fünf Pflegegrade orientieren sich an der Selbstständigkeit der Bedürftigen

Ab dem 1. Januar 2017 soll das Pflegestärkungsgesetz II seine volle Wirkung entfalten: Automatisch werden dann rund 2,7 Millionen Pflegebedürftige in die neuen fünf Pflegegrade eingestuft, die sich – anders als bisher – am Grad der Selbstständigkeit orientieren. Der Pflegegrad 1 kommt nur für neu eingestufte Personen in Betracht. Erhebliche Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten führen zum Pflegegrad 2. Die Stufen 3 und 4 finden Anwendung bei schweren und schwersten Beeinträchtigungen und beim Grad 5 kommen noch besondere Anforderungen an die pflegerische Versorgung hinzu.

„Mit den Pflegestärkungsgesetzen packen wir die größte Reform der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung vor mehr als zwanzig Jahren an", kommentiert Gesundheitsminister Hermann Gröhe. „Das Pflegestärkungsgesetz II setzt dabei entschlossen fort, was mit seinem Vorläufer zum Auftakt des Jahres 2015 begonnen wurde: eine bessere Versorgung für Pflegebedürftige sowie zusätzliche Unterstützung für pflegende Angehörige und Pflegekräfte." Für die Pflege ab 2017 stehen jährlich etwa 2,4 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Der Satz zur Pflegeversicherung steigt um 0,2 auf 2,55 Prozent.

85 Prozent der im Mai 2016 von Infratest dimap Befragten betrachten das zweite Pflegestärkungsgesetz und die damit verbundene veränderte Begutachtung als „Schritt in die richtige Richtung" und als deutliche Verbesserung für die Pflege. Viele Menschen in Deutschland sind zudem bereit, höhere Beiträge dafür zu zahlen. In Deutschland leben gegenwärtig etwa zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zu Hause – etwa 1,9 Millionen Menschen. ■

Es gibt noch eine Menge zu tun

Fachtagung des Gesundheitsministeriums zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff

„Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff als Wegweiser für eine gute pflegerische Versorgung" lautete der Titel einer Fachtagung des Bundesgesundheitsministeriums kürzlich in Berlin. Wird das Versprechen gehalten? Am Ende der Tagung war klar: Es gibt noch viel zu tun!

Den Start machte Dr. Martin Schölkopf vom Bundesministerium für Gesundheit. Er forderte die Pflegeeinrichtungen auf, sich Gedanken zu machen über die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und den damit einhergehenden Leistungen zum Erhalt und zur Stärkung der Selbstständigkeit der Pflegebedürftigen. Weiter ging es mit Dr. Klaus Wingenfeld von der Universität Bielefeld. „Dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff muss ein erweitertes Verständnis von Pflege folgen", sagte er gleich zu Beginn. Die Neuausrichtung der Pflege müsse sich am Ziel des Umgangs mit Krankheitsfolgen ausrichten. Ähnlich sah dies auch Dr. Elisabeth Fix vom Deutschen Caritasverband. Für sie bedeute der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff zugleich eine Rückbesinnung auf die Fachlichkeit – weg von der Verrichtungsorientierung und hin zur Problemorientierung.

sc-Newsletter

Rechtzeitig an Vorkehrungen denken

BIVA: Mehr als die Hälfte aller Menschen wird zum Pflegefall

Über die erfreuliche Tatsache, dass wir immer älter werden, wird gern vergessen, dass dies an der voraussichtlichen Pflegebedürftigkeit jedes Einzelnen nichts ändert. Auch in Zukunft wird mehr als die Hälfte aller Menschen am Ende ihres Lebens zum Pflegefall. Darauf weist, mit Blick auf den Tag der älteren Generation am 1. Oktober, die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e. V. hin.

Die zu erwartende Pflegebedürftigkeit wird von den meisten Menschen zu lange ignoriert und verdrängt. Das beklagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender der BIVA. Erst dann, wenn der akute Fall eintritt und die Zeit drängt, beginnen die persönlich Betroffenen und ihre Angehörigen, sich mit den damit verbundenen Veränderungen zu beschäftigen. Die Wahl der Pflegedienste oder stationären Einrichtungen erfolgt meist unter großem Druck, so dass eine sorgfältige Entscheidung kaum möglich ist. Die damit verbundenen gravierenden Lebensveränderungen lassen sich in der Regel nur sehr schwer korrigieren oder rückgängig machen.

Die BIVA empfiehlt allen Menschen, sich rechtzeitig mit der Frage der eigenen Pflegebedürftigkeit zu beschäftigen, die wohnortnahen Pflegeangebote zu prüfen und die möglichen stationären Einrichtungen sorgfältig auszuwählen. Auch die Frage der Finanzierung wird häufig nicht genügend ernst genommen. Pflegebedürftigkeit ist für viele Menschen ein Armutsrisiko. Die BIVA, bietet seit mehr als 40 Jahren Hilfestellung bei der Lösung dieser Fragen und berät Betroffene, um sie vor Fehlentscheidungen zu bewahren. ■

Kontroverses Thema in der Altenhilfe

Mehr Männer in den Pflegeberufen / Bayern beschließt Interessenvertretung

Kaum ein anderes Thema werde derzeit in der Altenhilfebranche derart kontrovers diskutiert wie das Pflegestärkungsgesetz II. Das ergibt sich aus einer Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon, die sie gemeinsam mit dem SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik unter Leitung von Prof. Dr. Rothgang (Bremen) durchführte.

Demnach sei das Bild pessimistisch. Etwa 60 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass es nicht zu einer Verbesserung der Pflegelandschaft durch das PSG II komme. Sie sehen eher Risiken durch die Umsetzung des Gesetzes. Die hohe Verunsicherung sei u. a. darauf zurückzuführen, dass bei der Umsetzung möglicherweise kein angemessener Ausgleich für Belegungs- und Auslastungsrisiken geschaffen werde.

Aus dem Statistischen Bundesamt wird bekannt, dass im Herbst 2014 rund 61 800 Jugendliche eine Berufsausbildung in einem Pflegeberuf begonnen haben; 2012 waren es 58 300. Pflegeberufe werden nach wie vor in erster Linie von Frauen erlernt (79 Prozent), auch wenn der Anteil der Männer leicht angestiegen sei.

Im Freistaat Bayern sollen die Pflegekräfte eine eigene Interessenvertretung bekommen. Das hat das bayerische Kabinett beschlossen. Die Landesregierung stelle sich damit gegen die professionell Pflegenden, kritisiert hingegen der Vizepräsident des Deutschen Pflegerats, Franz Wagner. ■

Nicht im Einklang mit dem Gesetz

Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zur Verbesserung der Hospizversorgung

In jüngster Zeit werden aus Krankenhäusern und aus der ambulanten häuslichen Pflege Sterbende in Einrichtungen der stationären Kurzzeit- und Verhinderungspflege verlegt und dort bis zu ihrem Lebensende versorgt. Darauf macht die Seniorenvertretung Bremen in ihrem Nachrichtendienst *Durchblick* aufmerksam und betont: „Dieses Vorgehen beim Umgang mit schwerst- und sterbenskranken Menschen steht nicht im Einklang mit den gesetzlichen Zielen."

Seit vielen Jahren setzt sich die Seniorenvertretung für die bessere Versorgung Sterbender ein und hat dabei als Mitstreiter Mark Carstens. In Berlin und Bremen hat dieser bereits mehrere Petitionen erfolgreich eingebracht und klagt jetzt gegen die Fehlentwicklung vor dem Bundesverfassungsgericht. Er will damit aufmerksam machen, dass das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland zu wenig Berücksichtigung bei der Versorgung schwerst- und sterbenskranker Menschen findet. ■

„Wir pfeifen auf das Alter!“

Humorvoll hat sich die Autorin Henrike Müller-Moll aus Oberkassel (Nordrhein-Westfalen) mit dem Älterwerden auseinandergesetzt. „Wir können selbst dafür sorgen, dass das Älterwerden eine feine Sache ist“, betont sie in ihrem Buch „Wir pfeifen auf das Alter“. Ihr eigenes Wissen hat sie mit dem von Frauen um die Sechzig vermischt und in zwölf „lebensfrohe Anekdoten“ verpackt. Sie meint, jeder habe es selbst in der Hand, für ein entsprechendes Umfeld zu sorgen, „damit niemand traurig allein zu Hause sitzt“.

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:
Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. November 2016; Redaktionsschluss für Nr. 1/2017: 15. Februar 2017

Der Dezember

Das Jahr ward alt. Hat dünne Haar.
Ist gar nicht sehr gesund.
Kennt seinen letzten Tag, das Jahr
kennt gar die letzte Stund.

Ist viel geschehn, ward viel versäumt.
Ruht beides unterm Schnee.
Weiß liegt die Welt, wie hingeträumt.
Und Wehmut tut halt weh.

Noch wächst der Mond. Noch schmilzt er hin.
Nichts bleibt. Und nichts vergeht.
Ist alles Wahn. Hat alles Sinn.
Nützt nichts, dass man's versteht.

Und wieder stapft der Nikolaus
durch jeden Kindertraum.
Und wieder blüht in jedem Haus
der goldengrüne Baum.

Warst auch ein Kind. Hast selbst gefühlt,
wie hold Christbäume blühn.
Hast nun den Weihnachtsmann gespielt
und glaubst nicht mehr an ihn.

Bald trifft das Jahr der zwölfte Schlag.
Dann dröhnt das Erz und spricht:
„Das Jahr kennt seinen letzten Tag,
und du kennst deinen nicht.“

Erich Kästner (1899-1974)
Aus dem Gedichtband „Die 13 Monate“ (1955)

Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.
Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.

Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 11
Pflegeleitung: Britta Schermer, Tel.: 0385 / 20 10 10 52

www.wohnpark-zippendorf.de